

Nr. 326 | 10.02.2026

Ukraine–Analysen

- 20 Jahre Ukraine-Analysen
- Aktuelle Lage in Gesellschaft und Politik

EDITORIAL

Editorial: 20 Jahre Ukraine-Analysen

2

ANALYSE

Die gesellschaftliche Stimmung in der Ukraine nach vier Jahren Vollinvasion

3

Anton Hruschezkyj, Wolodymyr Paniotto

(beide Kyjiwer Internationales Institut für Soziologie (KIIS), Kyjiw)

KOMMENTAR

Von der Machtvertikale zur Troika? Die ukrainische Innenpolitik im Umbruch

12

Mattia Nelles

(Deutsch-Ukrainisches Büro, Düsseldorf/Berlin)

Beziehungsstatus: kompliziert. Wie sich Washingtons

14

»strategische Unklarheit« auf die Beziehungen zur Ukraine auswirkt

Volodymyr Dubovyk

(Nationale I. I. Metschnykov Universität, Odesa/Center for European Policy Analysis, Washington)

EU-Beitritt im Eilverfahren – Sonderweg auf der Suche nach Frieden?

16

Miriam Kosmehl

(Bertelsmann Stiftung, Berlin)

DOKUMENTATION

Rede von Präsident Wolodymyr Selenskyj beim Weltwirtschaftsforum in Davos

19

CHRONIK

Hinweis auf die Online-Chronik

22

Editorial: 20 Jahre Ukraine-Analysen

Am 14. Februar 2006 erschien die erste Ausgabe der *Ukraine-Analysen*. Im einleitenden Vorwort (<https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/1/ukraineanalysen1.pdf>) schrieben die Gründungsredakteure Heiko Pleines und Matthias Neumann: »Die Ukraine steht derzeit politisch und wirtschaftlich an einem Wendepunkt.« Damals, gut ein Jahr nach der Orangen Revolution, kriselte es im Land, viele Menschen waren enttäuscht.

Im Editorial der Ausgabe zum zehnjährigen Jubiläum am 10. Februar 2016 (<https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/163/ukraineanalysen163.pdf>) hielt die damalige Redakteurin Katerina Bosko – nach Maidan, Krym-Annexion und dem Krieg im Donbas – treffend fest: »Niemand konnte alle diese Ereignisse vorhersehen. So schnell und unerwartet sind sie passiert. Die Ukraine-Analysen haben aber diese und andere Ereignisse für Sie systematisch und regelmäßig dokumentiert und analysiert.«

Die vorliegende Ausgabe markiert das zwanzigjährige Bestehen der *Ukraine-Analysen*, und beide Einschätzungen haben weiterhin Gültigkeit – allerdings unter deutlich verschärften Vorzeichen. Die Herausforderungen für die Ukraine sind größer geworden, gar existenziell. Der alles überschattende russische volumnfängliche Angriffskrieg, der im Februar 2022 in diesem Ausmaß auch für uns überraschend kam, prägt seither das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in der Ukraine und in ganz Europa.

Der volumnfängliche Krieg geht nun ins fünfte Jahr und die Ukraine steht mehr denn je vor einer ungewissen Zukunft: Kann die ukrainische Armee die Front halten? Wie lange sind die Menschen noch in der Lage, die Härten des Kriegsalltags zu ertragen? Lässt sich mit Putins Russland ein Waffenstillstand, gar ein dauerhafter Frieden erreichen?

Die *Ukraine-Analysen* verfolgen weiterhin die zentralen Themen und ordnen sie verständlich ein. Wir verfügen über keine Kristallkugel, um die Zukunft vorherzusagen. Was wir jedoch haben, ist ein breites, über zwei Jahrzehnte gewachsenes Netzwerk renommierter Expert:innen, die für unsere Leser:innen die Entwicklungen in und um die Ukraine kompetent, sachlich und fundiert analysieren. Bis heute haben mehr als 500 Autor:innen aus Wissenschaft und Praxis fast 850 Analysen und Kommentare für die Ukraine-Analysen verfasst, um unserem Ziel gerecht zu werden: »Die Ukraine-Analysen sollen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und eine interessierte Öffentlichkeit verfügbar machen.« Diesem Bestreben werden wir auch weiterhin nachkommen.

Dabei richten die *Ukraine-Analysen* den Blick nicht nur auf die »großen«, zentralen Entwicklungen der Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik und Wirtschaft, sondern immer wieder auch auf medial weniger beachtete Aspekte, um das Wissen über die Ukraine zu vertiefen und die vielfältigen Facetten des Landes sichtbar zu machen.

Im Laufe der 20 Jahre hat sich bei den *Ukraine-Analysen* organisatorisch einiges verändert. Statt wechselnder und unsicherer Förderung werden wir heute von einer langfristigen institutionellen Kooperationspartnerschaft im Rahmen des Länder-Analysen-Konsortiums (<https://laender-analysen.de/ueber-die-laender-analysen/>) getragen und von einem wissenschaftlichen Beirat (<https://laender-analysen.de/ueber-die-laender-analysen/redaktionen-und-wissenschaftliche-beiräte/>) unterstützt. Das erleichtert Planung und redaktionelle Arbeit erheblich. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) sorgt zudem dafür, dass die Inhalte einem breiten Publikum bis hinein in die Schulen zugänglich sind. Nicht zuletzt dadurch haben sich Reichweite und Zugriffszahlen der *Ukraine-Analysen* deutlich erhöht. Seit 2024 erscheint zudem mit dem *Ukrainian Analytical Digest* (<https://css.ethz.ch/en/publications/uad.html>) eine englischsprachige Schwesterpublikation, die viele Inhalte der *Ukraine-Analysen* auch einem internationalen Publikum zur Verfügung stellt.

Mit zwanzig gilt man zwar als »erwachsen«, ist aber oft noch auf der Suche nach Orientierung, während die Zukunft ungewiss ist. In diesem Sinne nehmen wir unsere Leser:innen gerne mit auf diese offene Reise und werden weiterhin unser Bestes geben, die Entwicklungen rund um die Ukraine auch zukünftig sachlich, differenziert und verständlich für eine interessierte Öffentlichkeit einzuordnen und so Orientierung zu bieten.

Der Bedarf dafür ist größer denn je: Einerseits aufgrund der instabilen Weltlage und der oft schwer überschaubaren, rasanten Entwicklungen in der Ukraine. Andererseits wegen zunehmender Desinformation und russischer Propaganda, die insbesondere über soziale Medien schnell ein großes Publikum erreichen.

Deshalb werden wir die *Ukraine-Analysen* auch weiterhin kostenlos und in gewohnter Qualität anbieten – online auf den Seiten der Länder-Analysen (<https://laender-analysen.de/ukraine-analysen>), auf der Website der Bundeszentrale für politische Bildung (<https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen>) sowie als PDF-Ausgabe.

Wir danken unseren Leser:innen für ihr anhaltendes Interesse und unseren Autor:innen für ihre Expertise, ihr Engagement und die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Bleiben Sie uns treu und empfehlen Sie uns gerne weiter – auch unseren Newsletter (<https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/abonnement/>), um keine Ausgabe zu verpassen.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

*Dr. Fabian Burkhardt, Dr. Eduard Klein, Matthias Neumann
06.02.2026, Regensburg/Bremen*

Da Russland die kritische Infrastruktur der Ukraine weiterhin unentwegt angreift, sind die Lebensbedingungen für Millionen Menschen in der Ukraine angesichts des bisher kältesten Kriegswinters mit hohen Minustemperaturen und ohne Strom, Heizung und fließendes Wasser außerordentlich hart.

Wenn Sie helfen möchten, empfehlen wir Ihnen direkt ukrainische Initiativen zu unterstützen, wie z. B. die Come Back Alive Stiftung (<https://savelife.in.ua/en/>) oder die gemeinnützige ukrainisch-deutsche Initiative Ukraine2Power (<https://ukraine2power.org/en/>), die über WeAid aktuell für Überlebenskits sammelt – jeder Euro zählt. WeAid stellt bei Bedarf auch Spendenquittungen für das Finanzamt aus.

Wenn Sie für die Überlebenskits spenden wollen, geht das am besten per Überweisung an:

Kontoinhaber: We Aid gGmbH
IBAN: DE 5237 0205 0000 0183 8801
Kennwort: Ukraine2Power

ANALYSE

Die gesellschaftliche Stimmung in der Ukraine nach vier Jahren Vollinvasion

Anton Hruschezkyj, Wolodymyr Paniotto (beide Kyjiwer Internationales Institut für Soziologie (KIIS), Kyjiw)

DOI: 10.31205/UA.326.01

Zusammenfassung

Die Autoren zeigen anhand regelmäßiger Umfragen des Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie, wie sich die öffentliche Meinung in der Ukraine im letzten Jahr verändert hat. In dieser Analyse werden die drei Themenbereiche internationale Beziehungen, Innenpolitik sowie Krieg und Frieden behandelt. Darüber hinaus werden die jüngsten Umfragen von Ende Januar 2026 herangezogen, um zu analysieren, ob die russischen Angriffe auf die Energieinfrastruktur – zusammen mit dem Verhandlungsprozess – die Widerstandsfähigkeit der Ukrainer:innen beeinflussen.

Seit über 30 Jahren beobachten wir am Kyjiwer Internationalen Institut für Soziologie (KIIS) die öffentliche Meinung in der Ukraine. Trotz der Schwierigkeiten unter Kriegsbedingungen zeigen unsere methodischen Experimente, dass unsere Umfrageergebnisse weiterhin zuverlässig und repräsentativ für die erwachsene Bevölkerung in den von der Regierung kontrollierten Gebieten der Ukraine sind.

Seit Beginn der russischen Vollinvasion sind fast vier Jahre vergangen. Der Herbst und Winter 2025–2026 waren geprägt von beispiellosen russischen Kriegsverbrechen, die darauf abzielten, die Ukraine in Dunkelheit und Kälte zu stürzen und eine große humanitäre Katastrophe herbeizuführen. Dies geschah vor dem Hintergrund der Friedensinitiativen der Regierung von US-Präsident Donald Trump, die viele Ukrainer:innen als

unverhältnismäßig starken Druck auf die Ukraine und nicht auf den Aggressor Russland empfanden. Obwohl wichtige Entscheidungen auf dem Schlachtfeld getroffen werden – wo die ukrainischen Streitkräfte tapferen Widerstand leisten –, ist die Widerstandsfähigkeit der »Heimatfront« für das Überleben des Staates und der Nation nicht weniger wichtig. Aus diesem Grund konzentrieren sich unsere Umfragen darauf, die Stimmung in der Bevölkerung und den Grad der gesellschaftlichen Resilienz zu erfassen. Dabei decken wir drei Dimensionen ab: internationale Beziehungen, die innenpolitische Lage sowie Fragen zu Krieg und Frieden.

Internationale Dimension: Die Wahrnehmung der Verbündeten im Westen und des Feindes im Osten

Die Ukraine wird in ihrem Krieg gegen Russland von einer breiten Koalition westlicher Staaten unterstützt. Obwohl die Ukrainer:innen selbst die Hauptlast des Krieges tragen, bleibt die militärische und finanzielle Hilfe der Verbündeten von entscheidender Bedeutung. Daher ist die Haltung der Ukrainer:innen gegenüber ihren Verbündeten – vor allem gegenüber den USA nach der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten – ein wichtiger Aspekt der öffentlichen Stimmung. Trumps Wahlsieg wurde zunächst mit vorsichtigem Optimismus aufgenommen: Im Dezember 2024 glaubten 45 % der Befragten, dass er die Ukraine dem Frieden näherbringen könne, und 54 % bewerteten das Wahlergebnis deshalb als positiv für die Ukraine.

Die ersten Kontakte der neuen US-Administration mit Russland, das berüchtigte Treffen zwischen Donald Trump und Wolodymyr Selenskyj am 28. Februar 2025 im Weißen Haus und die anschließende Aussetzung der militärischen Hilfe führten jedoch zu einer deutlichen Veränderung der öffentlichen Meinung: Bereits im März 2025 glaubten 73 % der Ukrainer:innen, dass es schlecht für die Ukraine sei, dass Donald Trump Präsident geworden ist, und dieser Indikator blieb bis zum Ende des Jahres stabil (74 % im Dezember, siehe Grafik 1 auf S. 9). Gleichzeitig hielt die kritische Wahrnehmung der Rolle der USA an: Nach unseren jüngsten Daten von Januar 2026 glauben 57 % der Befragten, dass die USA die Ukraine zu inakzeptablen Zugeständnissen drängen, während nur 31 % sie als verlässlichen Verbündeten betrachten.

Das Vertrauen in die Vereinigten Staaten ging im Laufe des Jahres stark zurück – von 41 % im Dezember 2024 auf 18 % im Dezember 2025 –, während das Misstrauen von 24 % auf 52 % stieg. Gleichzeitig blieb die Einstellung gegenüber der amerikanischen Bevölkerung positiv (90 % im Mai 2025), was auf eine Vertrauenskrise speziell gegenüber der US-Regierung hindeutet. Dies wirkt sich auch auf die Wahrnehmung von Sicher-

heitsgarantien aus: Im Januar 2026 glaubten nur 39 % der Ukrainer:innen, dass die USA im Falle eines erneuteten russischen Angriffs [nach einem potenziellen Waffenstillstand zwischen der Ukraine und Russland, Anm. d. Red.] die notwendige Unterstützung leisten würden, während 40 % davon überzeugt waren, dass dies nicht der Fall sein würde (vgl. Grafik 2 auf S. 9).

Vor dem Hintergrund des zunehmend konfrontativen Kurses der USA gegenüber Europa hat die Bedeutung Europas als Verbündeter im Krieg und als Grundlage für die prosperierende Zukunft der Ukraine erheblich zugenommen. Für die Menschen in der Ukraine selbst bleibt das Ziel der europäischen Integration wichtig. In einem hypothetischen Referendum über den EU-Beitritt würden 93 % derjenigen, die daran teilnehmen würden, einen EU-Beitritt unterstützen (September 2025). Die EU-Mitgliedschaft der Ukraine wird dabei in allen Regionen des Landes von einer absoluten Mehrheit unterstützt. Ende Januar sahen 58 % Europa weiterhin als zuverlässigen Verbündeten, der sich für einen gerechten Frieden einsetzt (35 % sind anderer Meinung). Laut einer weiteren Umfrage von Mitte Januar 2026 glauben 59 %, dass Europa im Falle eines erneuteten russischen Angriffs die notwendige Unterstützung leisten würde (31 % glauben, dass dies nicht der Fall wäre, ebenfalls Grafik 2 auf S. 9).

Unsere Umfragen zeigen weiterhin, dass die Einbeziehung der EU-Mitgliedschaft in einen möglichen Friedensplan die Bereitschaft der Ukrainer:innen, diesen zu unterstützen, deutlich erhöht – selbst wenn der Plan schmerzhafte Zugeständnisse und Verluste mit sich bringt. Gleichzeitig bleiben die Ukrainer:innen gegenüber der EU weiterhin vorsichtig. Im Dezember 2025 vertrauten 48 % der EU, während 26 % ihr misstrauten (im Dezember 2024 lagen die Zahlen bei 46 % bzw. 19 %). Somit vertraut etwa die Hälfte der Ukrainer:innen der EU entweder nicht oder hat eine unentschiedene Haltung (vgl. Grafik 3 auf S. 10).

Ein paar Worte sollten auch zur NATO gesagt werden. Das KIIS erinnert immer wieder daran, dass zum Zeitpunkt des Endes der Revolution der Würde eine Mehrheit der Ukrainer:innen gegen einen NATO-Beitritt war und dieses Thema 2014 nicht zu den Forderungen der Demonstrierenden gehörte. Die Unterstützung für die NATO-Mitgliedschaft wuchs erst wegen der russischen Aggression – zunächst im Jahr 2014 und noch stärker im Jahr 2022. Daher lügt Russland offensichtlich, wenn es behauptet, dass das Bestreben der Ukrainer:innen, der NATO beizutreten, es zum Angriff »gezwungen« habe – dies wurde weder von den Ukrainer:innen gefordert, noch stand es auf der Agenda der NATO. Ohne die russische Aggression hätten die Ukrainer:innen wahrscheinlich weiterhin eine Politik der Neutralität unterstützt. Im September 2025 wür-

den in einem hypothetischen Referendum 89 % den NATO-Beitritt unterstützen, mit einer klaren Mehrheit in allen Regionen.

Allerdings zeigt sich auch eine deutliche Enttäuschung gegenüber der NATO: Zwischen Dezember 2024 und Dezember 2025 sank der Anteil derjenigen, die der NATO vertrauen, von 43 % auf 30 %, während das Misstrauen von 25 % auf 43 % stieg.

Gleichzeitig zeigen unsere Daten, dass viele Menschen bereit sind, bei der NATO-Frage Zugeständnisse zu machen, um einen Frieden zu erreichen: Wenn beispielsweise die Mitgliedschaft auf die Zukunft verschoben würde, wäre eine Mehrheit bereit, dies im Interesse des Friedens zu akzeptieren.

Was den Feind im Osten – Russland und die Russ:innen – betrifft, so bleibt die öffentliche Meinung unverändert. Im September 2025 hatten 91 % der Ukrainer:innen eine negative Einstellung gegenüber Russland und 85 % gegenüber der russischen Bevölkerung (nur 4 % bzw. 8 % hatten eine positive Einstellung). Selbst unter den Ukrainer:innen, die bereit sind, die Kapitulationsforderungen Russlands zu akzeptieren, hat eine absolute Mehrheit immer noch eine negative Einstellung gegenüber Russland und den Russ:innen. Gleichzeitig werden »Russ:innen« in erster Linie in einem politischen Sinne gesehen: In der Ukraine lebende ethnische Russ:innen, die die russische Aggression verurteilen, werden weitgehend als Teil der ukrainischen Nation wahrgenommen, während in Russland lebende ethnische Ukrainer:innen fast ebenso negativ wahrgenommen werden wie die russische Bevölkerung allgemein.

Innenpolitische Lage: »Enger Korridor« für Reformen und der Traum einer glücklichen Zukunft

Die Revolution der Würde gab den Anstoß für zahlreiche Reformen, die 2014 eingeleitet wurden und bis heute andauern. Die ukrainische Zivilgesellschaft spielt eine wichtige Rolle dabei, dass die staatlichen Behörden sich der Notwendigkeit echter Reformen »bewusst bleiben« und diese nicht nur imitieren. Einer der wichtigsten Faktoren ist die Korruptionsbekämpfung (in einigen KIIS-Umfragen sehen mehr Befragte Korruption als größere Bedrohung an als das feindliche Russland).

Gleichzeitig war das Jahr 2025 zunächst von Versuchen der Regierung geprägt, die Unabhängigkeit der Antikorruptionsbehörden einzuschränken, was zu großen Protesten führte. In der zweiten Jahreshälfte erschütterte ein Korruptionsskandal im Energiesektor das Land: 77 % der Befragten wussten von »Minditsch-Gate«, von denen 55 % – umgerechnet auf die Gesamtbevölkerung – die Arbeit der unabhängigen Antikorruptionsbehörden für objektiv hielten. Der öffentliche Druck auf die staatlichen Behörden war sehr stark. Während

90 % der Ukrainer:innen Kritik an der Regierung unterstützen, ist eine Mehrheit – 58 % – der Meinung, dass die Kritik konstruktiv sein und die Gesellschaft nicht destabilisieren sollte (zusammen mit denen, die Kritik gänzlich ablehnen, erreichte dieser Wert 66 % im September 2025). Mit anderen Worten: Die Ukrainer:innen versuchen auf einem schmalen Grat ein Gleichgewicht zu finden, in dem einerseits Kritik an der Regierung und das Aufzeigen ihrer Fehler notwendig sind, andererseits aber auch die institutionelle Stabilität und Einheit der Ukraine als wesentliche Voraussetzung für einen wirksamen Widerstand gegen die russische Aggression gewahrt bleiben müssen.

Vor diesem Hintergrund ist der Konsens über das Thema Wahlen bemerkenswert. Bereits 2023 wollten 73 % der Ukrainer:innen einen Machtwechsel, und diese Forderung ist eher gewachsen, denn das Vertrauen in Präsident, Regierung und Parlament ist heute geringer als noch vor drei Jahren. Die Ukrainer:innen sehen viele Held:innen um sich herum – allen voran in den Streitkräften und unter den Freiwilligen. Sie wollen, dass diese Menschen den Kern einer neuen Generation von Führungskräften bilden – aber erst nach dem Kriegsende. Obwohl im Dezember 2025 nur 23 % der Bevölkerung Vertrauen in die Regierung hatten (56 % hatten kein Vertrauen) und nur 12 % Vertrauen in das Parlament (70 % hatten kein Vertrauen), sprachen sich nur 10 % für die Durchführung von Wahlen vor Ende des Krieges aus.

Wolodymyr Selenskyj genießt in der Bevölkerung weiterhin Legitimität als Präsident der Ukraine – allerdings nur für die Dauer des Krieges. Im Allgemeinen war das Jahr 2025 ein klassisches Beispiel für den »Rally-around-the-flag«-Effekt, denn das Vertrauen in Selenskyj nahm als Reaktion auf den Druck der Vereinigten Staaten deutlich zu. Ende Januar 2026 vertrauten ihm 61 % der Ukrainer:innen, was mehr ist als im Dezember 2024, aber weniger als auf dem Höhepunkt Anfang Mai 2025 (siehe Grafik 4 auf S. 10). Allerdings vertrauen ihm aktuell nur 25 % vollständig (die restlichen 36 % vertrauen ihm »eher«), und das ist ein entscheidender Punkt: Denn diejenigen, die ihm »vollständig« vertrauen, wollen überwiegend, dass er auch nach dem Krieg Präsident bleibt, während diejenigen, die ihm »eher« vertrauen, meist jemand anderen als Präsidenten sehen möchten. Im September 2025 äußerten nur 25 % den Wunsch, dass Selenskyj nach dem Krieg Präsident bleiben solle. Es besteht also Einigkeit darüber, dass er jetzt im Amt bleiben sollte, aber mit der klaren Forderung, nach dem Krieg »neue Gesichter« zu sehen.

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass Selenskyjs jüngste Personalentscheidungen recht positiv aufgenommen wurden. So vertrauen 70 % dem neuen Leiter des Präsidialbüros, Kyrylo Budanow, während

19 % ihm nicht vertrauen. Der neue Verteidigungsminister, Mychajlo Fedorow, genießt das Vertrauen von 38 % der Befragten, während ihm 26 % misstrauen (viele kennen ihn nicht). Nach den Skandalen von 2025 tragen die Ernennungen derzeit dazu bei, die Stimmung in der Bevölkerung zu stabilisieren und das Vertrauen zumindest teilweise zurückzugewinnen.

Das KIIS hält sich konsequent daran, keine Wahlumfragen zu veröffentlichen. Gleichzeitig stellen wir fest, dass derzeit praktisch nur Walerij Saluschnyj (der bisher keine Absicht bekundet hat, zu kandidieren) als einzige Persönlichkeit des öffentlichen Lebens in der Lage ist, Selenskyj herauszufordern. Kyrylo Budanow könnte ebenfalls ein Konkurrent sein, spielt aber nun im selben Team wie Selenskyj (in einem »Nachfolger«-Szenario ohne Saluschnyj würde er die Wahl vermutlich leicht gewinnen). In jedem Fall würden Parlamentswahlen zu einer fragmentierten Werchowna Rada mit vielen politischen Kräften führen, und die Bildung einer funktionsfähigen Koalition wäre eine offene Frage. Wir stellen auch fest, dass selbst latente pro-russische Parteien nur geringe Unterstützung finden, sodass die Umfragendaten nicht einmal eine theoretische Möglichkeit eines »geografischen Szenarios« in naher Zukunft erkennen lassen.

Was die Zukunft der Ukraine angeht, bleiben die Menschen optimistisch. Nach der jüngsten Umfrage glauben 66 % der Befragten, dass die Ukraine in zehn Jahren ein prosperierender EU-Mitgliedstaat sein wird, und nur 22 % sehen sie als zerstört an. Im Dezember 2025 lagen die Zahlen bei 64 % bzw. 21 % (im Dezember 2024 bei 56 % bzw. 31 %). Diese Umfrage wurde Ende Januar 2026 inmitten massiver Bombardierungen und weit verbreiteter Strom- und Heizungsausfälle durchgeführt. Trotz der extrem schwierigen Bedingungen hat der Optimismus der Ukrainer:innen also nicht nachgelassen und ist nach wie vor recht hoch.

Krieg und Frieden: »Contra Spem Spero!« »Gegen die Hoffnung hoffen«)

Neben dem Optimismus hinsichtlich der Zukunft beobachten wir eine anhaltende Widerstandsfähigkeit in Bezug auf Fragen von Krieg und Frieden. Zahlreiche KIIS-Veröffentlichungen widmen sich diesen Themen. Im Folgenden stellen wir einige Themen vor, die derzeit besonders relevant sind.

Eine der häufigsten Fragen lautet derzeit, ob die massiven russischen Angriffe auf die Energieinfrastruktur die Kapitulationsbereitschaft der Ukrainer:innen erhöhen. Die kurze Antwort lautet: Nein. KIIS fragt regelmäßig, wie lange die Menschen bereit sind, den Krieg zu ertragen, und eine der Antwortmöglichkeiten lautet »so lange wie nötig«. Im September 2025 wählten 62 % diese Option, im Dezember 2025 ebenfalls 62 % und Ende Januar 2026 waren es 65 % (siehe Grafik 5

auf Seite 11). Wie zu sehen ist, fällt dieser Zeitraum mit massiven Angriffen und einem eisigen Winter zusammen, doch der Wunsch, den Widerstand fortzusetzen, ist nach wie vor groß. Nach den jüngsten Daten des KIIS gaben nur 1 % der Befragten an, dass sie aufgrund von Problemen mit der Heizung im Herbst/Winter in eine andere Siedlung umgezogen sind.

Darüber hinaus verstehen 88 % der Ukrainer:innen richtig, dass Russlands Angriffe auf die Energieinfrastruktur darauf abzielen, die Ukraine zum Frieden zu zwingen, und nur 6 % teilen die russischen Erklärungen (dass Russland auf ukrainische Angriffe reagiert oder nur militärische Ziele trifft). Während 54 % der Befragten Russland die Schuld für die Stromausfälle geben, machen allerdings auch 31 % in erster Linie die ukrainischen Behörden dafür verantwortlich (7 % geben dem Westen die Schuld dafür; Dezember 2025).

Mitte Januar 2026 befragten wir die Menschen zur militärischen Lage. 77 % waren der Meinung, dass die russische Armee zwar vorrücke, ihre Erfolge jedoch begrenzt seien und die Ukraine in der Lage ist, den militärischen Widerstand fortzusetzen (nur 12 % hielten den Widerstand für aussichtslos). Im September 2025 gaben 76 % an, dass mit angemessener Unterstützung des Westens (Sanktionen, Finanzen, Waffen) ein Sieg gegen Russland errungen werden könne. In derselben Umfrage erklärten 54 % aller erwachsenen Ukrainer:innen (und über 60 % der Männer unter 60 Jahren), dass sie bereit wären, sich bei Bedarf den Verteidigungskräften anzuschließen.

Der Personalmangel beim Militär ist aktuell eine der größten Herausforderungen für die Ukraine. Derzeit gibt es in der Ukraine nicht viele Freiwillige, die in die Armee gehen und das Land verfügt nicht über die finanziellen Mittel Russlands für große monetäre Anreize. Wir beobachten jedoch, dass die meisten Menschen sich an folgende Formel halten: »Ich bin kein Freiwilliger und wenn sich die Gelegenheit ergibt, werde ich den Militärdienst aufschieben; aber wenn ich eine Einberufung erhalte, dann ist das mein Schicksal und ich werde dem Land dienen.« So ist zum Beispiel das Team des KIIS zwar klein, aber im Jahr 2025 erhielten zwei wichtige Mitarbeiter Einberufungsbescheide, absolvierten eine militärische Ausbildung und erfüllen nun ihre Aufgaben mit Würde im Osten und Süden des Landes.

Ein zentraler Faktor ist, dass der Krieg als existenziell wahrgenommen wird. Mitte Januar 2026 gaben 69 % der Ukrainer:innen an, dass Russland die ukrainische Nation zerstören (oder sogar einen Völkermord begehen) wolle. Das lässt wenig Raum für defätistische Stimmungen.

Insgesamt glauben die Ukrainer:innen an die Möglichkeit eines wirksamen Widerstands gegen Russland und verfallen nicht in Panik. In Verbindung mit vorsichtigen (oder oft kritischen) Einschätzungen des Westens sind sie jedoch gezwungen, pragmatisch (oder sogar

zynisch) zu sein, insbesondere hinsichtlich möglicher Wege zur Beendigung des Krieges. Laut unseren Zahlen sehen wir, dass eine Mehrheit der Ukrainer:innen eine Beendigung des Krieges durch Einfrieren der Frontlinie im Gegenzug für verlässliche Sicherheitsgarantien seitens der USA und Europas unterstützen könnte.

Ein auf ukrainisch-europäischen Vorstellungen basierender Plan mit Sicherheitsgarantien wurde im Dezember 2025 von 69 % der Befragten unterstützt. Im Gegensatz dazu lehnen die meisten Ukrainer:innen Pläne ab, die einer Kapitulation gleichkommen. So wurde ein Plan, der den Rückzug aus dem Donbas, das Fehlen klarer Sicherheitsgarantien und die offizielle Abtretung der Krim und den Donbas vorsieht, von 74 % deutlich abgelehnt (siehe Grafik 6 auf S. 11).

Mitte Januar 2026 haben wir konkret gefragt, ob die Ukrainer:innen einem Abzug der ukrainischen Truppen aus dem Donbas und einer Übergabe der Territorien an Russland im Austausch für Sicherheitsgarantien zustimmen würden. 54 % lehnten diese Idee kategorisch ab, während 39 % bereit waren, einen solchen Vorschlag zu unterstützen. Ende Januar 2026 waren die Werte – trotz verstärkter russischer Angriffe und frostigen Temperaturen – fast unverändert (52 % bzw. 40 %). Als Gründe für die Ablehnung führen die meisten Zweifel an den westlichen Sicherheitsgarantien und Misstrauen gegenüber Russland an. Dies kann zugleich als Offenheit für einen Meinungswandel interpretiert werden, wenn der Ukraine wirklich etwas Überzeugendes angeboten würde. Die Befürworter:innen dieser Idee stellen strenge Anforderungen an Sicherheitsgarantien (z. B. die Stationierung westlicher Truppen nicht bloß tief im Hinterland). Diese Menschen könnten ihre Unterstützung zurückziehen, wenn sich die Garantien als Fassade herausstellen sollten (siehe Grafik 7 auf S. 12).

Insgesamt glaubten Mitte Januar nur 26 % daran, dass die Verhandlungen zu echtem Frieden führen wür-

den, und Ende Januar erwarteten nur 20 %, dass der Krieg in der ersten Hälfte des Jahres 2026 enden würde. Die Ukrainer:innen wollen Frieden und hoffen aufrichtig darauf – aber die Hoffnung ist begrenzt. Die Menschen wollen nicht »irgendeinen« Frieden und sind daher bereit, weiter Widerstand zu leisten.

Fazit

In den internationalen Beziehungen hat sich ein »Erdbeben« ereignet, und die Vereinigten Staaten werden nicht mehr als verlässlicher Verbündeter der Ukraine wahrgenommen. Gleichzeitig hat Europa an Bedeutung gewonnen: Die meisten Ukrainer:innen haben weiterhin sowohl die EU-Mitgliedschaft als Ziel klar im Blick und zählen zugleich auf Europa als verlässlichen Verbündeten im Krieg.

Obwohl die ukrainischen Behörden 2025 aufgrund von Korruptionsskandalen einen erheblichen Reputationsverlust erlitten haben, genießen sie weiterhin Legitimität – insbesondere aufgrund der Notwendigkeit, die institutionelle Stabilität für einen wirksamen Widerstand zu bewahren. Gleichzeitig wird der Bedarf an einer neuen Generation politischer Führungspersönlichkeiten immer deutlicher, wobei hohe Erwartungen an Personen aus der Armee gestellt werden.

Trotz massiver russischer Angriffe auf die Energieinfrastruktur während eines strengen Winters, die zu sehr schwierigen Lebensbedingungen führten, bewahren die Menschen in der Ukraine ihre hohe Widerstandsfähigkeit und lehnen »Frieden um jeden Preis« ab. Sie zeigen Flexibilität und Bereitschaft zu bestimmten – auch schwierigen – Kompromissen, aber definitiv nicht zu allen. Zentrale Herausforderungen sind dabei die Vertrauenskrise gegenüber den USA und die vorsichtige Haltung gegenüber Europa. Es zeigt sich wie schwierig es ist, Zustimmung für Zugeständnisse im Austausch für Sicherheitsgarantien zu erhalten, denen nicht vollständig vertraut wird.

Anmerkung der Autoren

Das Kyjiwer Internationale Institut für Soziologie (KIIS) ist eine unabhängige private Forschungseinrichtung. Wir erhalten keine Mittel aus staatlichen oder kommunalen Mitteln (und selbst unsere Umfragen beauftragen staatliche Institutionen nur selten). Darüber hinaus haben wir keine direkte Finanzierung oder institutionelle Unterstützung von beispielsweise USAID oder ähnlichen Organisationen erhalten.

Über die Autoren

Anton Hruschezkyj ist Geschäftsführer des Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS). Zu seinen Interessengebieten zählen Methoden der empirischen Sozialforschung sowie die Analyse der gesellschaftspolitischen Stimmung und der öffentlichen Meinung in der Ukraine. Er ist Mitautor des Buches »War and the Transformation of Ukrainian Society (2022-23): Empirical Evidence« (zusammen mit Wolodymyr Paniotto, 2025) sowie Autor zahlreicher Publikationen des KIIS, die auf den Ergebnissen der KIIS-Umfragen basieren.

Prof. Dr. Wolodymyr Paniotto ist Professor an der Nationalen Universität Kyjiw-Mohyla-Akademie und Präsident des Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS). Er ist Experte für die Methoden der empirischen Sozialforschung und Autor zahlreicher Werke, zuletzt »War and the Transformation of Ukrainian Society (2022-23): Empirical Evidence« (zusammen mit Anton Hruschezkyj, 2025) und »Sociology in Jokes« (2025).

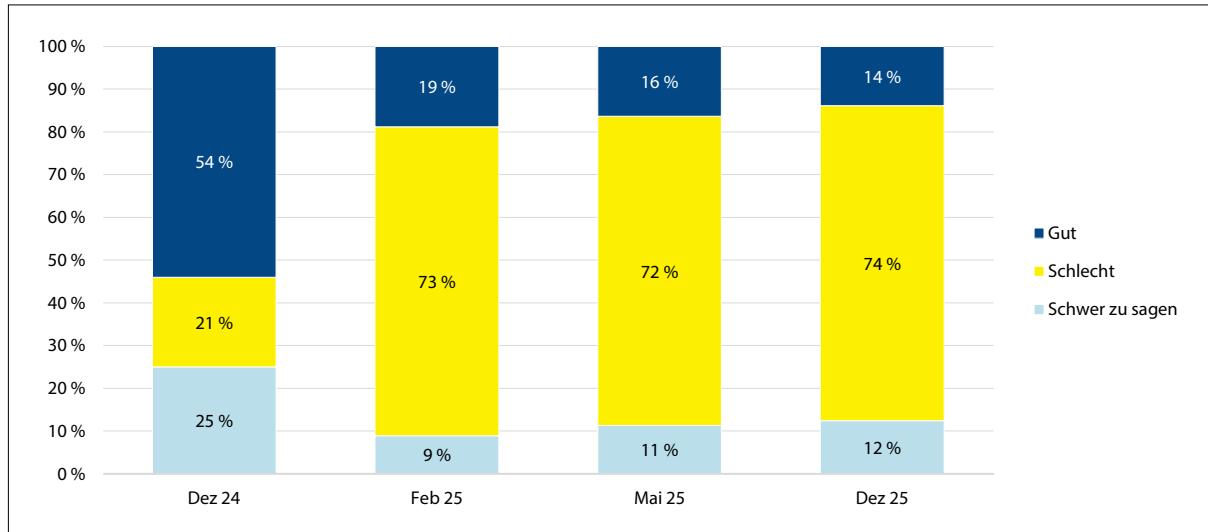
Literatur

- Grushetskyi, Anton; Paniotto, Volodymyr (2025): War and the Transformation of Ukrainian Society (2022–23): Empirical Evidence. Stuttgart: Ibidem Press.
- Paniotto, Volodymyr (2024): Methods for Data Quality Assessment in Wartime Surveys in Ukraine. Ukrainian Analytical Digest No. 006, S. 9–12.

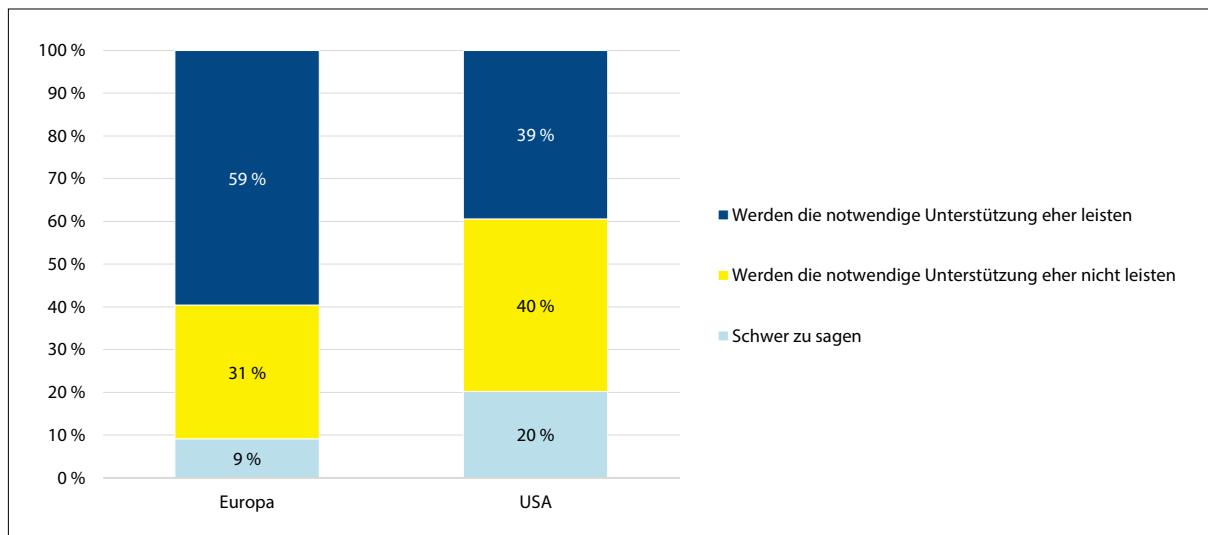
Verwendete Umfragen

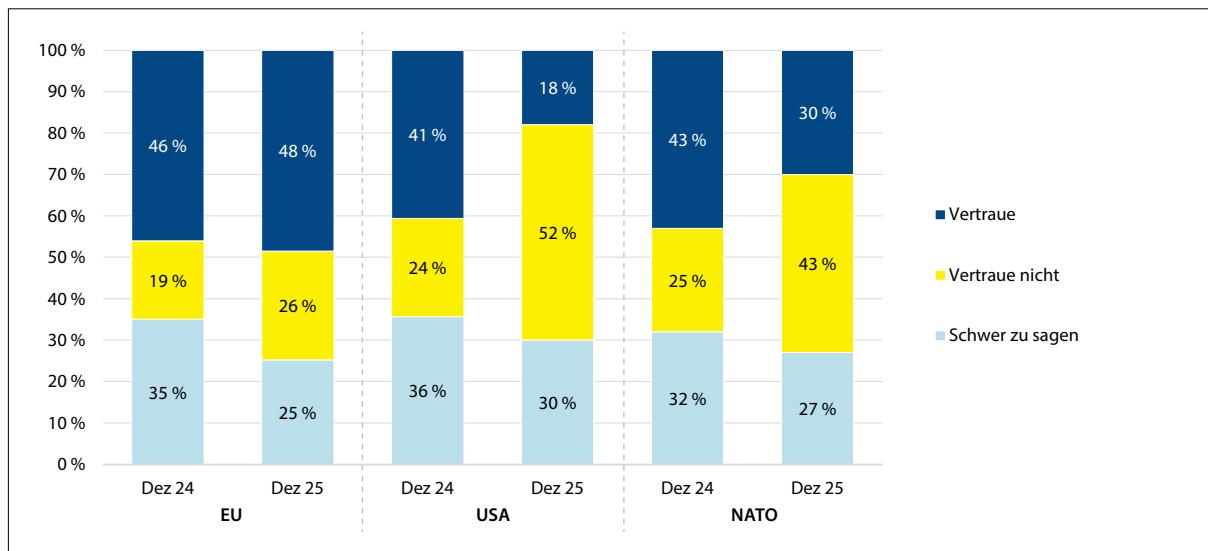
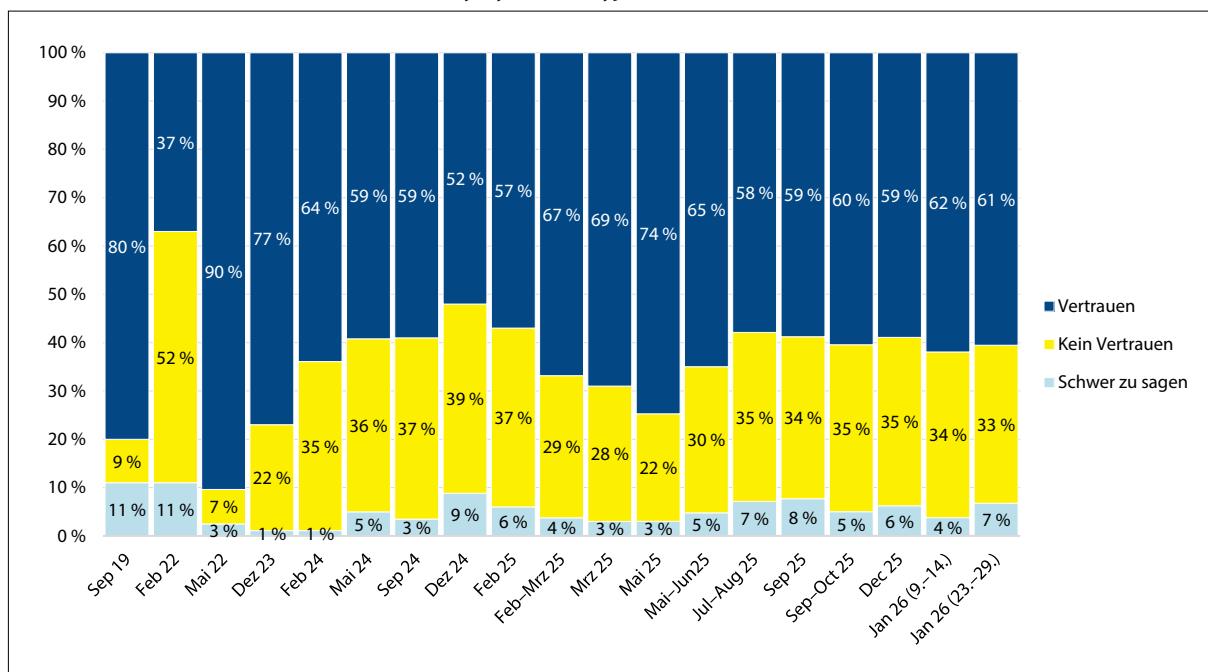
- Public opinion in Ukraine in January 2026 (results of a survey conducted on January 23-29, 2026) (noch nicht veröffentlicht).
- War and peace: opinions and views of Ukrainians. Results of a survey conducted on January 9-14, 2026. <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1579&page=1>.
- Level of trust in public figures in Ukraine (January 2026). <https://kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1580&page=1>.
- Opinions and views of Ukrainians on issues of war and peace: December 2025. <https://kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1572&page=2>.
- Trust in President V. Zelenskyy, attitude towards holding of elections, perception of the fight against corruption and the country's movement towards democracy (December 2025). <https://kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1575&page=1>.
- How Ukrainians see the future of Ukraine (December 2025). <https://kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1577&page=2>.
- Trust in public institutions (December 2025). <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1578&page=1>.
- Perception of the anti-corruption investigation within the framework of the “Mindich tapes” (December 2025). <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1570&page=1>.
- Perception of European and USA policy towards Ukraine, trust in the EU, the USA and NATO and attitude towards D. Trump (December 2025). <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1576&page=1>.
- Results of the all-Ukrainian KIIS survey on war and peace issues (September 2025). <https://kiis.com.ua/?lang=en&cat=reports&id=1551&page=1>.
- Perception of the fight against corruption in Ukraine and the attitude of Ukrainians towards criticism of the authorities' actions during the period of full-scale invasion (September 2025). <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1562&page=1>.
- “We can see even without light that you are...”: the attitude of Ukrainians towards Russia and Russians (September 2025). <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1564&page=1>.
- Support for joining EU and NATO (September 2025, unveröffentlicht).
- Perception of European / US policy towards Ukraine, perception of D. Trump's role for Ukraine and attitude towards the USA / ordinary Americans / US leadership (May 2025). <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1536&page=1>.
- Dynamics of trust in President Volodymyr Zelenskyy and how his activities and those of Petro Poroshenko are perceived after the war (September 2025). <https://kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1561&page=1>.
- Perception of the impact of D. Trump's victory on the possibility of achieving peace in Russia's war against Ukraine (December 2024). <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1462&page=1>.
- IBIF PROJECT SURVEY REPORT (December 2024). <https://kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1470&page=5>.
- Expendiency of changing the central government after the Victory of Ukraine (May 2023). <https://kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1249&page=1>.

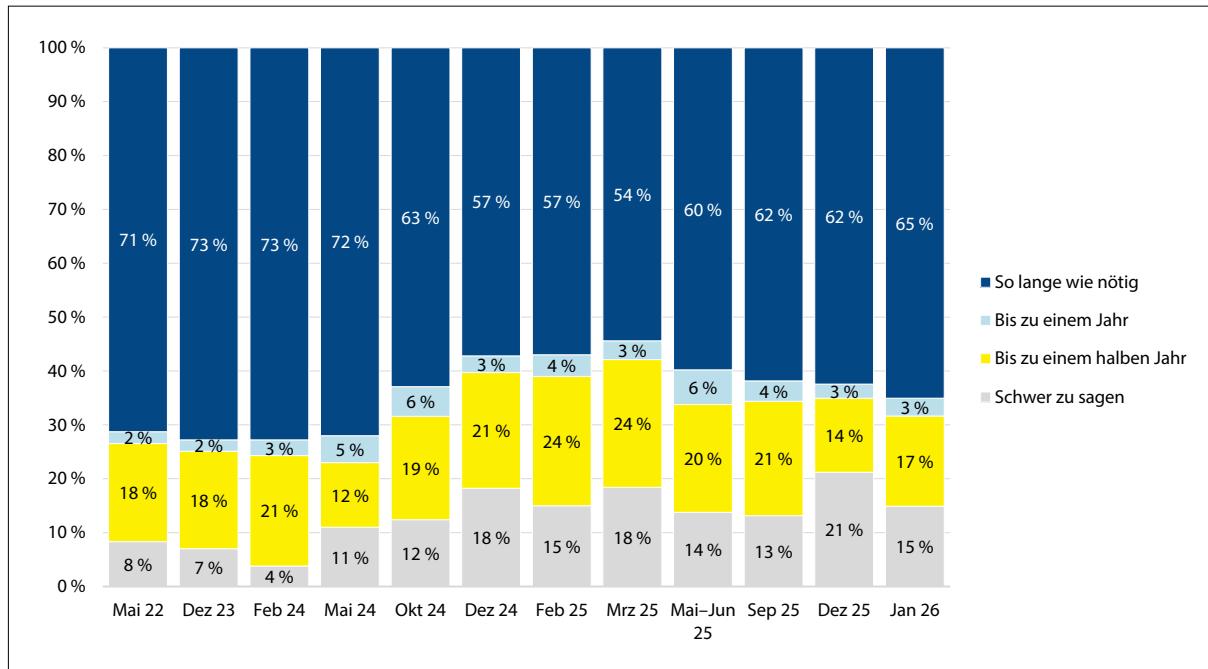
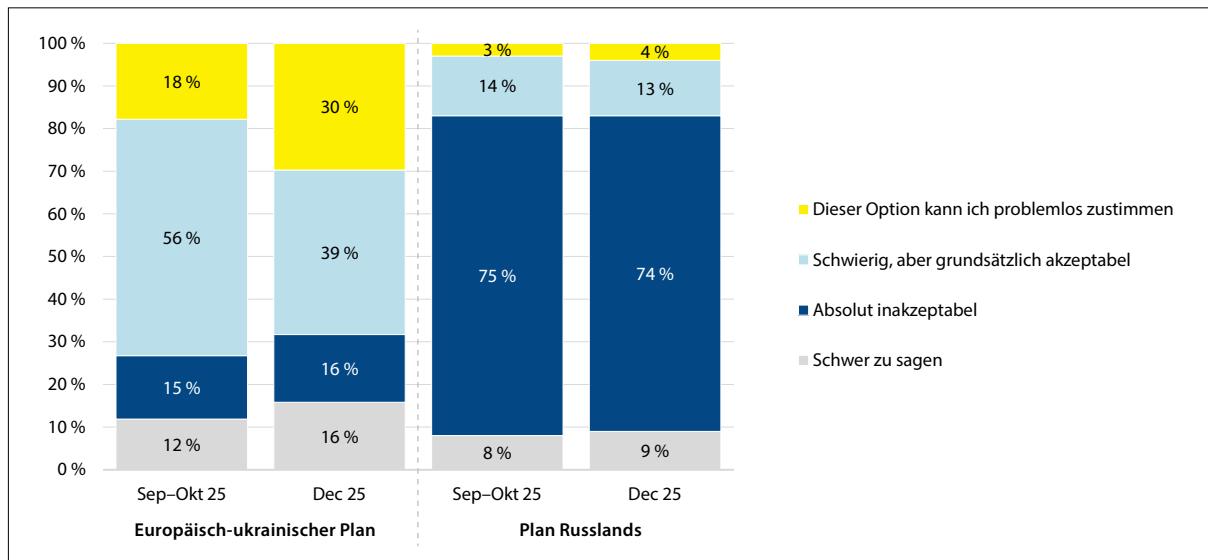
Grafik 1: Glauben Sie, dass es gut oder schlecht für die Ukraine ist, dass Donald Trump Präsident der Vereinigten Staaten ist? (in %)



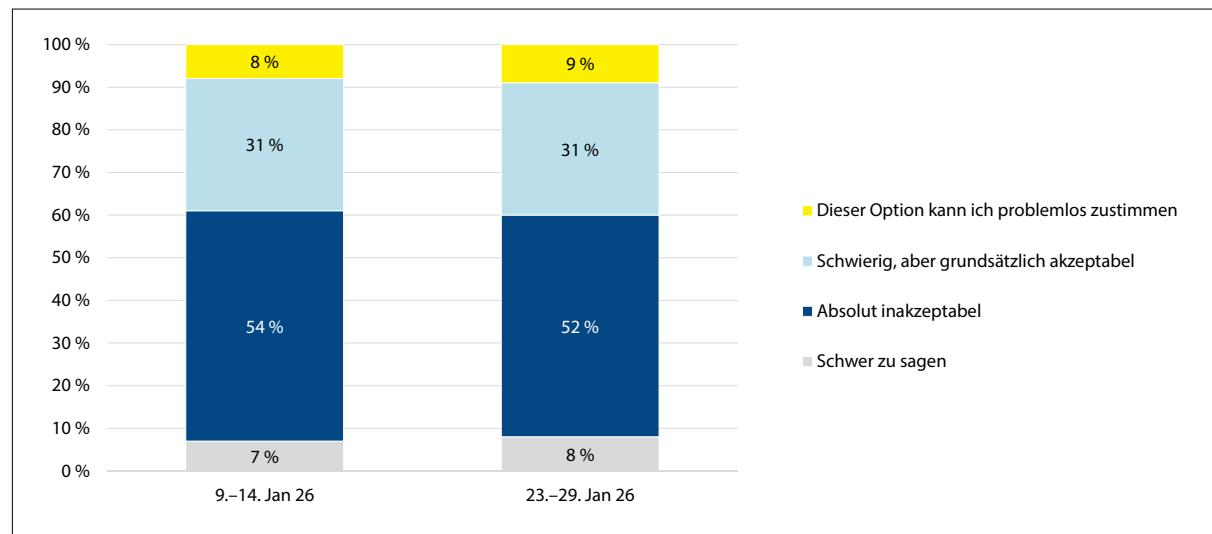
Grafik 2: »Falls Russland die Ukraine erneut angreift, glauben Sie, dass Europa die notwendige Unterstützung leisten wird, um den Angriff abzuwehren?« / »Wie sieht es mit den USA aus?« (Januar 2026, in %)



Grafik 3: »Bitte sagen Sie mir, wie sehr Sie den folgenden Vertrauen« (in %)**Grafik 4:** »Wie sehr vertrauen Sie Wolodymyr Selenskyj?« (in %)

Grafik 5: »Wie lange sind Sie bereit, den Krieg zu ertragen?« (in %)**Grafik 6:** »Es gibt verschiedene Möglichkeiten, den Krieg zu beenden. Ich lese Ihnen nun eine Option vor, und Sie geben an, wie Sie darauf reagieren würden. Verwenden Sie die Skala: ›Dieser Option stimme ich voll und ganz zu‹, ›Diese Option ist schwierig, aber im Allgemeinen akzeptabel‹ oder ›Diese Option ist völlig inakzeptabel.« (in %)

Grafik 7: Wie akzeptabel ist folgende Option für Sie (in %): Die Ukraine zieht ihre Truppen aus den von ihr kontrollierten Gebieten im Donbas ab, d. h. aus Kramatorsk, Slowjansk usw., und diese Gebiete fallen unter russische Kontrolle. Im Gegenzug geben die USA und Europa der Ukraine Sicherheitsgarantien.



KOMMENTAR

Von der Machtvertikale zur Troika? Die ukrainische Innenpolitik im Umbruch

Mattia Nelles (Deutsch-Ukrainisches Büro, Düsseldorf/Berlin)

Im vergangenen Herbst bescherten die Enthüllungen des Antikorruptionsbüros (NABU) und der Antikorruptionsstaatsanwaltschaft (SAPO) Wolodymyr Selenskyj die schwerste politische Krise seiner bisherigen Amtszeit. Ausgerechnet Enerhoatom, der wichtigste staatseigene Stromproduzent des Landes, war systematisch von Korruption durchzogen. Angesichts der schwierigen Stromversorgung im Land aufgrund der russischen Angriffe auf die Energieinfrastruktur war die Wut im Land groß, wie unverhohlen und dreist sich die beteiligten Akteure über Korruptionsmechanismen bereichert, anstatt die Infrastruktur zu schützen.

Wichtigste Regierungsumbildung seit Beginn der Vollinvasion

Präsident Selenskyj entschloss sich zu einer umfassenden Regierungsumbildung. Der informell zweitmächtigste Mann hinter Selenskyj, sein Büroleiter Andrij Jermak, wurde wegen Verbindungen zum »Minditsch-Gate« entlassen. Seinen Posten übernahm der populäre Chefs des Militärgeheimdienstes HUR, Kyrylo Budanow. Denys

Schmyhal wurde zum neuen Energieminister berufen und der beliebte Digitalminister Mychajlo Fedorow wurde neuer Verteidigungsminister. Auch wenn es vorher bereits Personalwechsel in der Regierungsmannschaft unter Selenskyj gab, markiert dieser Umbau die wohl wichtigste Änderung der ukrainischen Politik im Krieg.

Auch wenn die ukrainische Verfassung die Rolle des Chefs des Präsidialamts nicht genau definiert, konzentrierte Budanows Vorgänger Jermak immense Macht in seiner Funktion. Keine wichtigen Personalentscheidungen, keine Gesetzesprojekte der Regierung wurden vorangetragen, ohne dass Jermak oder seine Vertrauten diese absegneten. Das lähmte oftmals gerade die Innenpolitik. Auch die Verhandlungen mit den USA und den europäischen Staaten waren durch Jermak stark zentralisiert.

Mit Jermaks Absetzung begann ein Prozess, den im politischen Kyjiw einige als »De-Jermakisierung« bezeichnen. Nun besteht die Möglichkeit einer Neuausrichtung der institutionellen Macht- und Entscheidungsstrukturen.

Selenskyj brauchte für die Auswahl seines neuen Stabschefs mehrere Wochen – trotz akuter innen- sowie

außenpolitischer Herausforderungen (Stromversorgung, Verhandlungen etc.). Letztendlich kristallisierten sich zwei Favoriten heraus: Budanow und Fedorow. Fedorow soll Selenskyj einen ambitionierten und progressiven Plan zum Umbau des Präsidialamts sowie eine klare Reformagenda vorgeschlagen haben. Laut ukrainischen Medienberichten war das Selenskyj zu ambitioniert, zu disruptiv. Er entschied sich daher für Budanow – auch, um einen potenziellen politischen Gegenspieler bei den Präsidentschaftswahlen eng an sich zu binden (vgl. den Text von Wolodymyr Paniotto und Anton Hruschewskyj in dieser Ausgabe). Laut Umfragen ist der ehemalige Geheimdienstchef die drittbeliebteste Person in der Ukraine.

Neuer Wind im Präsidialamt?

Budanows wichtigste Aufgabe in seiner neuen Rolle als Selenskyjs rechte Hand sind die schwierigen trilateralen Verhandlungen mit den USA und Russland sowie die enge Abstimmung mit den ukrainischen Verbündeten. Statt sich – wie Jermak früher – stark in Gesetzesentwürfe, Abstimmungen in der Rada oder die Regierungsarbeit einzumischen, ist zu erwarten, dass Budanow seine effektive, aber eher zurückhaltende Rolle auch in der Innenpolitik fortsetzt. Die normalerweise gut informierte Ukrainska Prawda berichtete jüngst mit Berufung auf Quellen von einem neuen Arbeitsklima im Präsidialamt, das stärker auf die Eigeninitiative von Personal als auf die zentralisierte Steuerung von Entscheidungen setzt.

Ein kompletter personeller »Reset« des Präsidialamts ist aktuell aber nicht zu erkennen: Anstatt zentrale Stellvertreter und Berater von Jermak auszutauschen, setzt Budanow bisher weiterhin auf bestehendes Personal – inklusive dem stark umstrittenen »Kurator« für Justizangelegenheiten, Oleh Tatarow.

Budanows bisheriges Vorgehen, das einem vorsichtigen »Abtasten« gleicht, bedeutet zudem, dass wichtige Akteure auch außerhalb des Präsidialamts gestärkt werden, wie z. B. der Parlamentspräsident Ruslan Stefantschuk, der Fraktionsvorsitzende der Regierungspartei Dawyd Arachamija aber auch die Premierministerin Julija Swyrydenko sowie das Ministerkabinett. Unter Jermak waren sie oftmals bloße Umsetzungshelfer des Präsidialamts. Nun ist davon auszugehen, dass innenpolitische Entscheidungen häufiger im Dreigespann, einer »Troika« aus Präsidialamt, Regierung und Parlament, getroffen und koordiniert werden.

Korruptionsskandale und Parlamentskrise

Zum Jahreswechsel sorgten zwei weitere Korruptions-skandale in der Politik für Unruhe: Ende Dezember 2025 beschuldigten NABU und SAPO fünf Abgeordnete der Regierungspartei von Präsident Selenskyj der Korruption. Nur wenige Tage später durchsuchten

Anfang Januar NABU-Detektive die Büros von Julija Tymoschenko. Der Fraktionsvorsitzenden der *Vaterland*-Partei wird vorgeworfen, systematisch das Stimmverhalten von Parlamentsabgeordneten mehrerer Fraktionen durch Schmiergeldzahlungen beeinflusst zu haben. Wie zuvor im Minditsch-Gate-Skandal veröffentlichte das NABU Tonaufnahmen, die belegen, wie die ehemalige Premierministerin den illegalen Stimmenkauf organisiert – und wie sie anscheinend u. a. den ersten Wahlgang von Denys Schmyhal zum Energieminister vereitelt.

Für viele war es ein offenes Geheimnis, dass Abgeordnete in der Rada zum Teil gegen Geldzahlungen abstimmten. Im Fall von Tymoschenko ist es den Antikorruptionsbehörden nun erstmals gelungen, diese Praxis umfassend aufzudecken. Pikant daran: Noch im Sommer 2025, als die Regierung (letztlich erfolglos) versucht hatte, die unabhängigen Antikorruptionsbehörden stärker unter Kontrolle zu nehmen (vgl. Ukraine-Analysen 322), hielt Tymoschenko eine flammende Rede gegen das NABU und forderte die Entmachtung von NABU und SAPO. Tymoschenko versucht sich nun als Opfer des Staates zu inszenieren, doch die Beweise sprechen eine klare Sprache.

Seit 2019 haben die beiden Antikorruptionsbehörden Anklage gegen 70 aktive und ehemalige Abgeordnete erhoben. Fast 40 aktive Abgeordnete – das sind mehr als zehn Prozent aller Parlamentsabgeordneten – sind der Korruption beschuldigt. Kurz vor Bekanntwerden der beiden Korruptionsfälle vertrauten nur 12 % der Menschen in der Ukraine der Werchowna Rada – die Korruptionsskandale dürften das ramponierte Image noch weiter verschlechtern und zu politischem Verdruss führen. Hinzu kommt, dass viele der aktuellen Abgeordneten Amtsmüde sind, aber nicht durch Wahlen ausgetauscht werden können. Wann Neuwahlen durchgeführt werden können, ist ungewiss, so dass das Parlament in einer politischen (Vertrauens-) Krise steckt. Diese zeigt sich auch darin, dass die Regierungsfraktion Diener des Volkes (Sluha Narodu), die mit 232 von 397 Sitzen im Parlament eigentlich eine komfortable absolute Mehrheit hat, immer häufiger nur noch in einer Art Minderheitsregierung mit Hilfe von ehemals pro-russischen und oligarchischen Kräften Mehrheiten organisieren kann.

Ersetzt die Troika die Machtverikale?

Um das Parlament als den schwächsten Akteur in der neuen »Troika« zu stärken, müssen Ministerkabinett und Präsidialamt aktiver auf die Regierungsfraktion zugehen. Zuletzt jedoch blieben Minister und Vizeminister – wie auch viele Abgeordnete – Plenums- und Ausschusssitzungen häufig folgenlos fern, da die parlamentarische Kontrollfunktion kaum mehr sinnvoll genutzt wurde. Ein funktionierendes, selbstbewusstes Parlament ist jedoch eine der Voraussetzungen für den EU-Beitritt.

Ob die neue Troika mehr ist als ein kurzfristiges Machtarrangement, wird sich in den kommenden Monaten zeigen. Die Ukraine steht weiterhin unter starkem Druck, auch innenpolitisch. Einerseits zwingt der Krieg zu mehr Zentralisierung, andererseits verlangt der EU-Beitritt institutionelle Balance, parlamentarische Kontrolle und demokratische und transparente Entscheidungsfindungsprozesse. Budanows neuer, offenerer und integrativerer Führungsstil, der sich von dem seines Vorgängers unterscheidet, eröffnet erstmals seit Jahren die Chance, diese beiden Logiken miteinander besser ins Gleichgewicht zu bringen.

Über den Autor

Mattia Nelles ist Mitbegründer und Geschäftsführer des Deutsch-Ukrainischen Büros (DUB), das Projekte zur Rechtsstaatlichkeit im EU-Beitrittsprozess der Ukraine umsetzt und eng mit Akteuren der ukrainischen Zivilgesellschaft zusammenarbeitet.

Lesetipp

Ukraine-Analysen 322 vom 27.11.2025, »Korruption: Skandale, Bekämpfung, Proteste«, <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/322/>.

Doch eine Troika funktioniert nur, wenn alle drei Institutionen ihre Verantwortung übernehmen – nicht als Befehlsempfänger des Präsidialamts, sondern als gleichberechtigte politische Institutionen. Gelingt dies, könnte ausgerechnet der schwierigste Kriegswinter zum Wendepunkt der ukrainischen Innenpolitik werden und dazu beitragen, das angekratzte Vertrauen in das Parlament in Teilen wiederherstellen. Scheitert es, bleibt die Troika eine Episode – und die stark zentralisierte und zuletzt immer weniger effektive Machtvertikale unangetastet.

Beziehungsstatus: kompliziert. Wie sich Washingtons »strategische Unklarheit« auf die Beziehungen zur Ukraine auswirkt

Volodymyr Dubovyk (Nationale I. I. Metschnykov Universität, Odesa/Center for European Policy Analysis, Washington)

Seit Donald Trumps Rückkehr ins Weiße Haus im vergangenen Jahr haben die Beziehungen zwischen den USA und der Ukraine einen qualitativen Wandel durchlaufen. Die bilateralen Beziehungen sind nach wie vor von zentraler Bedeutung für das Überleben der Ukraine als souveräner Staat und die Sicherheit Europas. Sie werden jedoch zunehmend von politischen Zwängen, »Ukraine-Fatigue« und divergierenden Erwartungen auf beiden Seiten sowie vom menschlichen Faktor geprägt, insbesondere was die amerikanische Seite betrifft. Das vergangene Jahr war keine einfache Fortsetzung einer Partnerschaft in Kriegszeiten, sondern markierte einen Übergang von einer (ungleichen) Allianz zu eher interessensbasierten Rahmenbedingungen (die noch ungleichmäßiger sind, da Washington die Modalitäten diktiert).

Die erste und wichtigste Veränderung betrifft die Logik des US-Engagements. In der frühen Phase des Krieges war die amerikanische Politik von einer Konvergenz aus moralischer Klarheit, strategischer Dringlichkeit und innenpolitischem Konsens geprägt: Die Unterstützung der Ukraine wurde – über Parteidistanzen hinweg sowie in der Gesellschaft – sowohl als »das Richtige« angesehen als auch als relativ kostengünstige Möglich-

keit, Russland zu schwächen und seinen Revisionismus (sowie mögliche Nachahmer weltweit) einzudämmen.

Im Laufe des letzten Jahres hat sich dieser Konsens verflüchtigt. Die Ukraine bleibt für die Strategie der USA zwar weiterhin von einiger Bedeutung, steht nun jedoch in offenerer Konkurrenz zu anderen innen- und außenpolitischen Prioritäten – China, innenpolitische Polarisierung, fiskalischer Druck – und wird zunehmend unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten bewertet. Dies hat zu einem stark transaktionalen Ton in den bilateralen Beziehungen geführt, auch wenn die militärische Unterstützung in gewisser Form fortgesetzt wird.

Moralische Klarheit gehört nicht mehr zu den treibenden Faktoren. Stattdessen positioniert sich Washington als unparteiischer Vermittler und weigert sich zu sagen, auf wessen Seite es steht und für wen es sich einsetzt. Eine strategische Dringlichkeit ist kaum erkennbar, außer bei Themen, die mit einem – zumindest aus Washingtoner Sicht – erfolgreichen Ausgang des Friedensprozesses verbunden sind. Der innenpolitische Konsens besteht weiterhin, da eine angemessene Mehrheit der Amerikaner die Ukraine-Hilfen unterstützt, aber er ist kein entscheidender Faktor für die Politik der Regierung.

Zweitens geht es bei der US-Militärhilfe weniger darum, den militärischen Erfolg der Ukraine zu ermöglichen, sondern vielmehr darum, die Risiken im Hinblick auf die Chancen für den Friedensprozess zu managen. Die Militärhilfen sind explizit mit den Präferenzen der USA in Bezug auf die Verhandlungen verbunden. In Washington wächst nämlich die Skepsis, dass die Dynamik auf dem Schlachtfeld zu einem für die Ukraine günstigen Ergebnis führen kann – zumindest nicht ohne langfristige Zusagen für Militärhilfen, zu denen sich die aktuelle Regierung nicht verpflichten will.

Dies führt zu einer strukturellen Asymmetrie: Die Ukraine betrachtet den Krieg als existenziell, während die USA ihn zunehmend als eine von vielen großen Krisen behandeln. Mit dem internationalen Vorgehen der USA Anfang 2026 ist die Ukraine in der Prioritätenliste Washingtons möglicherweise noch weiter nach unten gerutscht.

Drittens steht die Diplomatie wieder im Mittelpunkt der Beziehungen zwischen den USA und der Ukraine. Allerdings ist diese nicht auf Augenhöhe. Die amerikanischen Bemühungen für Friedensverhandlungen beruhen eher auf pragmatische Überlegungen Washingtons als auf einer gemeinsamen ukrainisch-amerikanischen Friedensvision. Aus Sicht Kyjiws steht die Ukraine unter Druck, die territorialen Gewinne Russlands anzuerkennen. Aus Sicht Washingtons bringt ein langwieriger Krieg keine strategischen oder politischen Vorteile.

Viertens ist die Frage der Sicherheitsgarantien zu einem zentralen Thema in den bilateralen Beziehungen geworden. Die Ukraine will nach dem Abklingen der aktiven Feindseligkeiten nicht in einer strategischen Grauzone zurückbleiben. Dem steht die Zurückhaltung der USA gegenüber, konkrete, tragfähige und verbindliche Sicherheitszusagen zu machen. Diese Unklarheit ist der Kern der aktuellen US-Politik gegenüber der Ukraine. Erschwerend kommt hinzu, dass Synergien mit den europäischen Partnern der Ukraine gefunden werden müssen, die möglicherweise bereit sind Sicherheitsgarantien zu geben. Die Europäer versuchen bereits seit langem auszuloten, wozu die Amerikaner bereit sind, um entsprechend und abgestimmt handeln zu können.

Fünftens sind wirtschaftliche Zusammenarbeit und Planungen für den Wiederaufbau als weitere zentrale Themen hinzugekommen. Die Konturen des Engagements der USA beim Wiederaufbau der Ukraine sind

derzeit noch unklar, wobei sich der transaktionale Charakter der US-Regierung bereits abzeichnet. Ein Risiko besteht freilich darin, dass jeder Wiederaufbau und jede wirtschaftliche Erholung von einer zumindest teilweisen Einfrierung oder Deeskalation des Konflikts abhängt – was alles andere als sicher ist.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Kluft zwischen dem, was die Ukraine anstrebt, nämlich ein nachhaltiges US-Engagement im Sicherheitsbereich, und dem, was die USA zu bieten bereit sind, immer größer wird. Außerdem gibt es innerhalb der USA derzeit eine intensive Debatte über die globale Rolle Amerikas, deren Ausgang enorme Auswirkungen auf die Ukraine haben wird. Das, sowie einige der oben genannten Faktoren, erschweren es erheblich, eine Prognose über die Zukunft der Beziehungen zwischen der Ukraine und den USA abzugeben.

Verschiedene Szenarien sind denkbar. Im ersten Szenario könnte die Ukraine auf eine gewisse begrenzte militärische Unterstützung, vage Sicherheitsgarantien und Wiederaufbauhilfe hoffen. Dies könnte die bilateralen Beziehungen bis zu einem gewissen Grad stabilisieren, würde aber viele Fragen offenlassen und zahlreiche Bedenken in der Schwebe lassen.

Ein weiteres Szenario ist ein langwieriger Stillstand, bei dem die USA über ihr weiteres Vorgehen entscheiden müssten. Werden sie die Ukraine weiterhin unterstützen, wenn auch in kleinem Umfang, oder ziehen sie sich ganz zurück – beides erscheint plausibel.

Das dritte Szenario, auf dessen Verwirklichung die Ukraine im letzten Jahr gehofft hatte, ist die Rückkehr der USA zu einem nachhaltigeren Engagement für die Sicherheit der Ukraine. Theoretisch ist dies nicht unmöglich, aber eher unwahrscheinlich.

Die Beziehungen zwischen den USA und der Ukraine sind in einer Phase der strategischen Unklarheit. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass sich das in absehbarer Zeit ändern sollte. Die große Diskrepanz zwischen den Bedürfnissen der Ukraine und dem Angebot der USA wird bleiben. Wichtig wäre es, zu sehen, ob zentrale Punkte von gemeinsamem Interesse gefunden werden können. Natürlich wird das weitere Vorgehen Russlands eine weitere Variable darstellen. Und die potenzielle Rolle Europas sollte ebenfalls nicht außer Acht gelassen werden. Letztendlich hat die Ukraine durchaus »Karten in der Hand«, aber sie sollte sie klug ausspielen – und selbst das würde das bestmögliche Ergebnis nicht garantieren.

Über den Autor

Dr. Volodymyr Dubovyk ist außerordentlicher Professor für Internationale Beziehungen an der Nationalen I. I. Metschnikow Universität in Odessa und Direktor des dortigen Zentrums für Internationale Studien. 2022 – 2023 lehrte er an der Fletcher School of Law and Diplomacy der Tufts University und 2024 war er DAAD-Gastprofessor an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Er ist außerdem Senior Fellow am Center for European Policy Analysis in Washington D.C. Seine Fachgebiete sind Außenpolitik, transatlantische Beziehungen und Sicherheitspolitik mit Schwerpunkt auf der Schwarzmeerregion.

EU-Beitritt im Eilverfahren – Sonderweg auf der Suche nach Frieden?

Miriam Kosmehl (Bertelsmann Stiftung, Berlin)

In schwierigen Zeiten sind Mut und Entschlossenheit gefragt. Beides bewiesen Wolodymyr Selenskyj und Ursula von der Leyen: der Präsident der Ukraine, als er nur wenige Tage nach dem vollumfänglichen russischen Angriff die EU-Mitgliedschaft beantragte; die Präsidentin der Europäischen Kommission mit ihrer umgehenden Antwort, die souveräne Ukraine gehöre zur Unionsfamilie. Widerstände im Europäischen Rat wurden überwunden, und am 25. Juni 2024 eröffnete eine Intergouvernementale Konferenz aller EU-Mitgliedstaaten und der Ukraine offiziell das Beitrittsverfahren für die junge Demokratie – ein Paradigmenwechsel zur bisherigen Nachbarschafts- und Assozierungspolitik.

Beitrittsverfahren zwischen Kommission und Mitgliedstaaten

In der zweiten Jahreshälfte 2024 geriet der Prozess unter Ungarns EU-Ratspräsidentschaft ins Stocken. Doch auch unter der polnischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2025 und der dänischen im zweiten, konnte die Arbeit am *Acquis communautaire*, dem gemeinschaftlichen Besitzstand von EU-Recht, nicht formal beginnen. Dabei war das sog. *Screening* abgeschlossen (https://enlargement.ec.europa.eu/news/ukraine-successfully-completes-its-screening-process-2025-09-30_en), jene Vorarbeit, die der ukrainischen Gesetzeslage systematisch diejenige der EU gegenüberstellt.

Auf dem EU-Gipfel im Sommer 2025 vertraten – außer dem ungarischen Ministerpräsidenten – alle Regierungschefs die Auffassung, die Ukraine sei bereit, Kapitel formal zu öffnen und abzuarbeiten, also die ukrainische Rechtslage der in der EU anzugeleichen, orientiert an Zielvorgaben der Kommission. Doch bis heute konnte Ungarns Blockadehaltung nicht überwunden werden, obwohl Kyjiw beispielsweise Bedenken zu Minderheitenrechten adressiert hat und sogar Vertreter der ungarischen Minderheit in der Ukraine Orbán aufforderten, die Obstruktion in ihrem Namen zu beenden.

Ungarns Blockade – und die »Frontloading«-Antwort

Weil der EU-Rat in der Praxis einstimmig sogar über das Öffnen und Schließen der 35 Verhandlungskapitel (die sechs thematischen *Clustern* zugeordnet sind) entscheidet, hoffen inzwischen viele auf die ungarische Parlamentswahl am 12. April 2026. Die Chancen stehen nicht schlecht für eine neue Regierung, die Budapests Verweigerungshaltung beendet.

Parallel erfand Dänemark bei einem inoffiziellen Ratstreffen mit 26 EU-Ministern und Erweiterungskommissarin Marta Kos am 11. Dezember 2025 in

Lwiw die sog. »Frontloading«-Initiative. Danach arbeiten Expertenteams trotz der formalen Blockade Ungarns an den Rechtsangleichungen. Die dänische Ratspräsidentschaft (<https://danish-presidency.consilium.europa.eu/en/news/informal-meeting-in-lviv-showed-broad-support-to-ukraine-s-path-towards-eu-membership/>) vermerkte Fortschritte in den *Clustern* Grundlagen/Rechtsstaatlichkeit, Binnenmarkt und Außenbeziehungen und kündigte an, die kommenden Ratspräsidentschaften würden die Arbeit fortsetzen und zudem die drei weiteren *Cluster* voranbringen – Wettbewerbsfähigkeit, Grüne Agenda sowie Landwirtschaft und Kohäsion.

Die Initiative sendet die Botschaft, dass sich Reformen lohnen. Ein gemeinsamer 10-Punkte-Plan (https://enlargement.ec.europa.eu/news/joint-statement-between-commissioner-marta-kos-and-deputy-prime-minister-ukraine-taras-kachka-2025-12-11_en) setzt Prioritäten, insbesondere für Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung.

EU-Beitrittszusage für 2027? Bruch mit dem konditionalen Erweiterungsmodell

Gleichzeitig führt Russland seinen Angriffskrieg fort. Eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, grundsätzlich schneller umzusetzen als ein EU-Beitritt, ist nicht mehrheitsfähig und Sicherheitszusagen grundsätzlich »williger« Koalitionäre bleiben klärungsbedürftig. Vor diesem Hintergrund ist ein Vorstoß (<https://www.ft.com/content/e50481a3-161c-4002-83e4-cae0be12799e>) einzuordnen, den 1. Januar 2027 als Datum für den ukrainischen EU-Beitritt festzulegen. Ein entsprechender Punkt findet sich im sog. Friedensplan, den Amerikaner und Russen initiierten und der zunächst weitgehend Wladimir Putins Maximalzielen entsprach. Einschließlich Sicherheitszusagen und Wirtschaftsentwicklung ist der Plan zwar inzwischen an ukrainische und europäische Interessen angepasst, doch bleiben Details auch nach trilateralen Gesprächen der Ukraine, Russlands und der USA unklar (<https://x.com/ZelenskyyUa/status/2015062372386250962>). Die offizielle Erklärung der Europäischen Kommission nach einem informellen Treffen des Europäischen Rats am 22. Januar d. J. (https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_26_192) spricht von einer »gemeinsamen Vision der Ukrainer, der Amerikaner und Europas für die Zukunft der Ukraine nach dem Krieg« auf der Grundlage von »fünf Säulen« – formuliert aber kein EU-Beitrittsdatum; stattdessen ist von einer »schnellere[n] Integration der Ukraine in den EU-Binnenmarkt« die Rede. Der deutsche Bundeskanzler hat einen Beitritt der Ukraine 2027 explizit (<https://>

www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.koalitionsausschussmerz-keine-chance-fuer-schnellen-eu-beitritt-der-ukraine.59217eef-8138-4d23-a131-7991150f0f0e.html) ausgeschlossen, mit dem Verweis auf die Kopenhagener Kriterien (https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=LEGISSUM:accession_criteria_copenhagen), die es zuvor zu erfüllen gelte, was in einem Jahr nicht machbar sei.

Aus ukrainischer Sicht könnte ein frühes Datum für den EU-Beitritt Konzessionen ausgleichen, die das Verhandlungspaket verlangen wird, in erster Linie faktische Gebietsabtretungen. Ebenso dürfte eine Rolle spielen, die Aussichten eines erforderlichen Referendums zu verbessern.

Allerdings hätte eine feste Beitrittszusage nichts mehr mit dem üblichen Beitrittsverfahren zu tun. Auf der Strecke bliebe das Leistungsprinzip von Anpassungen im Vorhinein – mit damit verbundenen Unwägbarkeiten und Signalen an die anderen acht Kandidatenländer. Selbst Befürworter des ukrainischen Beitritts gehen nicht davon aus, dass die Ukraine die regulären wirtschaftlichen und institutionellen Voraussetzungen (<https://wiiw.ac.at/another-round-of-eu-enlargement-what-are-the-economic-and-institutional-must-haves-for-candidate-countries-to-make-accelerated-enlargement-possible-dlp-7468.pdf>) in einem Jahr schafft.

Die Ukraine als Sonderfall im Erweiterungsprozess

Ein starkes Signal an Russland wäre Kyjiws schneller Beitritt nur unter der Voraussetzung zuverlässiger Verteidigung und Sicherheit. Beides ist bereits jetzt in Europas Eigeninteresse, und EU-Mitgliedstaaten bzw. Partner gewährleisten es in unterschiedlicher Ausprägung, über die NATO und bilateral. Mit ihrem Beitritt fiele die Ukraine auch formal unter die Beistandsverpflichtung der EU gemäß Artikel 42 Absatz 7 EUV.

Sicherheits- und Verteidigungsregeln zwischen der EU und der Ukraine so auszustalten, dass Verteidigung und Abschreckung langfristig funktionieren, bleibt entscheidend. Der langjährige Zustand geteilter Sicherheit in Europa mit den Grauzonen in Osteuropa hat es an glaubwürdiger Abschreckung gegenüber Russland fehlen lassen. EU-Mitgliedschaft allein ist hierfür aber keine Lösungsstrategie.

Die transatlantische Krise in ihrer aktuellen Zuspiitung erzeugt Zeitdruck – für einen belastbaren Waffenstillstand, aber auch im Hinblick darauf, dass Europa es sich absehbar leisten kann, die USA als militärische Schlüsselgröße zu verlieren. Die Ukraine benötigt zuvor derst Mittel zu ihrer Verteidigung und Abschreckung, inklusive US-Fähigkeiten, sodass die Koalition der Willigen (<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2026/01/06/robust-security-guarantees-for-a-solid-and-lasting-peace-in-ukraine-statement-of-the-coalition-of-the-willing-issued-by-france/>) geplante Sicherheitszusagen auch umsetzt.

Gleichzeitig sind angesichts einer neuen, erst im Entstehen begriffenen europäischen Sicherheitsordnung die ukrainischen militärischen Fähigkeiten elementar, weil Kyjiw zurzeit über die einzige europäische Armee mit moderner Kampferfahrung verfügt.

2030 als Zielmarke zwischen politischem Druck und institutioneller Realisierbarkeit

Der strategische Mehrwert der Ukraine für die EU ist unstrittig, neben den militärischen Fähigkeiten insbesondere mit Blick auf Landwirtschaft und Ernährung, Energie und kritische Rohstoffe.

Gleichwohl ist es risikobehaftet, sollte die Kommission (<https://www.ft.com/content/a42ea7ba-af22-4133-b1d3-e2fdf561c7ba>) ein innerhalb eines Jahres umzusetzendes Beitrittsverfahren unterstützen. Sie bleibt auf die Mitgliedstaaten angewiesen, und unabhängig von Viktor Orbán verzichten andere nicht leicht auf Vorbedingungen, in Frankreich (<https://euractiv.de/news/macron-fordert-eu-der-verschiedenen-geschwindigkeiten/>) etwa auf institutionelle EU-Reformen. Bislang gingen auch Beitrittsbefürworter von einem mehrjährigen Prozess aus, der ambitioniert ist, aber Anpassungen von Institutionen und Politikfeldern zuließe.

Ein »abgespecktes« Mitgliedschaftsverfahren würde die EU als eine auf Recht basierende Gemeinschaft zumindest in Frage stellen. Konkrete Vorschläge für ein »zweistufiges Mitgliedschaftssystem« (<https://www.ft.com/content/d78f7258-5463-4749-9b6b-7067d5936f1b>) hat die Kommission zum Zeitpunkt des Auffassens dieses Beitrags nicht vorgelegt.

Politische Geschlossenheit ist mehr denn je eine Daueraufgabe, wenn das europäische Ganze strategisch über nationalstaatlichen Eigeninteressen stehen soll. Viele europäische Regierungen sind derzeit innenpolitisch unter Druck, und während EU-Bürger eine künftige Mitgliedschaft der Ukraine mehrheitlich unterstützen, ist die Zustimmung rückläufig (<https://www.bertelsmann-stiftung.de/en/publications/publication/did/public-attitudes-and-member-state-dynamics-in-ukraines-eu-accession-process>). Dem könnte ein Sonderbeitrittsdatum 2027 einen Bären Dienst erweisen.

Wirtschaftliche Stärke der EU mobilisieren

Stattdessen gilt es, der Ukraine zuverlässig Vorteile zu bieten, etwa Zugänge zum Binnenmarkt, die sich schnell auszahlen und perspektivisch ukrainische Stärken für die gesamteuropäische Wettbewerbsfähigkeit einsetzen.

Berechenbarkeit bleibt angesichts der Herausforderungen Demografie (<https://wiiw.ac.at/the-demographic-challenges-to-ukraine-s-economic->

reconstruction-p-6620.html) und Investitionen (<https://de.euronews.com/my-europe/2026/01/22/eu-marta-kos-blackrock-investitionen-ukraine>) relevant. Eine realistische Beitrittsperspektive könnte Bindungen aufrechterhalten (https://www.ifo.de/pressemitteilung/2025-10-10/rueckkehr-ukrainischer-fluechtlings-abhaengig-von-sicherheit-und?utm_source=chatgpt.com) und die schwache Bilanz der Ukraine als Ziel ausländischer Direktinvestitionen verbessern.

Immerhin die finanzielle Unterstützung der Europäer ist unabhängig von Washington. Ende 2025 beschlossen 24 Mitgliedstaaten im Wege der »verstärkten Zusammenarbeit« auf der Grundlage von Art. 20 EUV ein 90 Milliarden Euro EU-Darlehen (<https://www.consilium.europa.eu/media/qxolrs5r/en-20251218-text-ukraine.pdf>) für 2026 bis 2027, finanziert durch gemeinsame Kreditaufnahme am Kapitalmarkt und abgesichert über den EU-Haushalt. Neben Ungarn haben sich die Slo-

wakei und Tschechien von der Teilnahme ausgenommen. Das Europäische Parlament (<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20260116IPR32445/parliament-to-fast-track-support-loan-for-ukraine>) stimmte am 21. Januar 2026 zu.

2027 läuft die Ukraine-Fazilität (<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/ukraine-facility/>) aus, über die Brüssel Kyjiw seit 2024 mit einem Jahresvolumen von ca. 12,5 Milliarden Euro unterstützt, im Umfang vergleichbar mit klassischen Vorbeitrittshilfen (<https://icds.ee/en/the-potential-impact-of-ukrainian-accession-on-the-eus-budget-and-the-importance-of-control-valves/>) (ohne Zuschüsse für militärische Güter). Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, wenn die EU frühzeitig Finanzinstrumente entwickelt und verhandelt und insbesondere Partner wie das Vereinigte Königreich einbezieht. Die Stabilität im größten EU-Kandidatenland kann Europa nicht gleichgültig sein.

Über die Autorin

Miriam Kosmehl ist Senior Expert Osteuropa der Bertelsmann Stiftung. Zuvor leitete sie in Kyjiw die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Ukraine und Belarus und war für die GIZ in den Bereichen Rechts- und Justizreformen tätig. Die Juristin hat einen Master in Rechtswissenschaften (LL.M.) für Völkerrecht und Internationales Wirtschaftsrecht an der Universität Utrecht absolviert, ihr erstes Staatsexamen an der Universität Freiburg im Breisgau und das zweite Staatsexamen am Landgericht Düsseldorf.

Lesetipps:

- Miriam Kosmehl et al. 2026: Charting Ukraine's EU Path: Engaging with Member States (<https://www.bertelsmann-stiftung.de/en/publications/publication/did/charting-ukraines-eu-path-engaging-with-member-states>)
- Isabell Hoffmann 2026: Public Attitudes and Member-State Dynamics in Ukraine's EU Accession Process (<https://www.bertelsmann-stiftung.de/en/publications/publication/did/public-attitudes-and-member-state-dynamics-in-ukraines-eu-accession-process>)
- Julia Kazdobina et al. 2024: Bridging Security and Political Governance in Ukraine-EU Relations: How to Calibrate European Integration and Security Cooperation (<https://www.bertelsmann-stiftung.de/en/publications/publication/did/bridging-security-and-political-governance-in-ukraine-eu-relations-how-to-calibrate-european-integration-and-security-cooperation>)
- DGENEST, News Article, Commission presents a financial support package for Ukraine for 2026–2027 - Enlargement and Eastern Neighbourhood (https://bertelsmannstiftung-my.sharepoint.com/personal/miriam_kosmehl_bertelsmann-stiftung_de/Documents/BST Aktuelles/Ukraine_2026/Commission presents a financial support package for Ukraine for 2026–2027 - Enlargement and Eastern Neighbourhood)
- Michael Emerson 2023: The Potential Impact of Ukrainian Accession on the EU's Budget – and the Importance of Control Valves – International Centre for Defence and Security (<https://icds.ee/en/the-potential-impact-of-ukrainian-accession-on-the-eus-budget-and-the-importance-of-control-valves/>)
- Michael Landesmann et al. 2025: Another Round of EU Enlargement: What are the economic and institutional must-haves for candidate countries to make accelerated enlargement possible? (<https://wiiw.ac.at/another-round-of-eu-enlargement-what-are-the-economic-and-institutional-must-haves-for-candidate-countries-to-make-accelerated-enlargement-possible-dlp-7468.pdf>)

Rede von Präsident Wolodymyr Selenskyj beim Weltwirtschaftsforum in Davos

Im Folgenden dokumentieren wir die Rede von Präsident Wolodymyr Selenskyj auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos am 23.01.2026, in der er ungewohnt scharf und deutlich vor allem die europäischen Partner der Ukraine kritisierte und dazu aufrief, zu handeln und mehr für die eigene und die ukrainische Sicherheit zu tun.

Der Text ist keine offizielle Übersetzung, sondern wurde mithilfe von einem KI-Übersetzungsprogramm ins Deutsche übersetzt und von uns redaktionell geprüft und überarbeitet.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Liebe Freunde,

jeder erinnert sich an den großartigen amerikanischen Film »Und täglich grüßt das Murmeltier« mit Bill Murray und Andy McDowell. Aber niemand würde so leben wollen, wo man wochen-, monate- und natürlich jahrelang immer wieder dasselbe erlebt.

Und doch erleben wir derzeit genau das. Jedes Forum wie dieses hier beweist es. Letztes Jahr habe ich hier in Davos meine Rede mit den Worten beendet: »Europa muss wissen, wie es sich verteidigen kann.« Ein Jahr ist seither vergangen, und nichts hat sich geändert. Wir befinden uns immer noch in einer Situation, in der ich dieselben Worte sagen muss – aber warum?

Die Antwort liegt nicht nur in den bestehenden oder möglichen Bedrohungen, denn jedes Jahr bringt etwas Neues für Europa und für die Welt. Alle haben ihre Aufmerksamkeit auf Grönland gerichtet. Es zeigt sich, dass die meisten Staats- und Regierungschefs einfach nicht wissen, was sie tun sollen, und es scheint, als würden alle nur darauf warten, dass Amerika in dieser Frage einlenkt und hoffen, dass das Thema sich von selbst wieder erledigt. Aber was, wenn das nicht der Fall ist? Was dann?

Es wurde so viel über die Proteste im Iran gesprochen, aber sie sind im Blut ertrunken. Die Welt hat dem iranischen Volk nicht genug geholfen, sondern tatenlos zugesehen. In Europa gab es Weihnachts- und Neujahrsfeiern, die saisonalen Feiertage, und als die Politiker wieder an die Arbeit gingen und begannen, eine Position zu formulieren, hatte Ali Chamenei bereits Tausende getötet.

Was wird aus dem Iran nach dem Blutvergießen? Wenn das Regime überlebt, sendet dies ein klares Signal an alle Tyrannen: Töte genug Menschen, und du bleibst an der Macht. Wer in Europa möchte, dass diese Botschaft Wirklichkeit wird? Und dennoch hat Europa nicht einmal versucht, eine eigene Antwort darauf zu finden.

Werfen wir einen Blick auf die westliche Hemisphäre. Präsident Trump befahl eine Operation in Venezuela, und Maduro wurde verhaftet. Es gab unterschiedliche Meinungen dazu, aber Fakt ist, dass Maduro nun in New York vor Gericht steht.

Leider steht Putin nicht vor Gericht, und hier geht es um den größten Krieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Der Mann, der ihn befohlen hat, ist aber nicht frei, sondern kämpft auch um sein eingefrorenes Geld in Europa. Und wissen Sie was? Er hat sogar einen Erfolg damit. Es ist Putin, der versucht Einfluss darauf zu nehmen, wie die eingefrorenen russischen Vermögenswerte verwendet werden sollen – und nicht diejenigen, die die Macht haben, ihn für diesen Krieg zu bestrafen. Glücklicherweise hat die EU beschlossen, russische Vermögenswerte auf unbestimmte Zeit einzufrieren, und dafür bin ich dankbar. Danke Ursula von der Leyen, danke Antonio Costa und allen Politikern, die dabei geholfen haben. Aber als es darum ging, diese Vermögenswerte zur Verteidigung gegen die russische Aggression einzusetzen, wurde die Entscheidung blockiert. Putin hat es leider geschafft, Europa zu stoppen.

Nächster Punkt: Aufgrund der historischen Position der USA wird das Thema Internationaler Strafgerichtshof derzeit vermieden. Es gibt immer noch keine wirklichen Fortschritte bei der Einrichtung eines Sondergerichtshofs für die russische Aggression gegen die Ukraine, gegen das ukrainische Volk. Es gibt eine Vereinbarung, viele Treffen haben stattgefunden, aber dennoch hat Europa noch nicht einmal den Punkt erreicht, an dem es einen Sitz für das Tribunal mit Personal und tatsächlicher Arbeit gibt. Fehlt es an Zeit oder politischem Willen? In Europa ist zu häufig etwas anderes dringender als Gerechtigkeit.

Aktuell arbeiten wir aktiv mit unseren Partnern an Sicherheitsgarantien, und dafür bin ich dankbar – aber diese gelten erst für die Zeit nach Kriegsende. Sobald der Waffenstillstand beginnt, wird es Kontingente und gemeinsame Patrouillen sowie Flaggen der Partner auf ukrainischem Boden geben. Es ist ein sehr guter Schritt und das richtige

Signal, dass Großbritannien und Frankreich bereit sind, ihre Streitkräfte tatsächlich vor Ort einzusetzen, und es gibt bereits eine erste Vereinbarung dazu. Danke, Keir Starmer und Emmanuel Macron und danke an alle Staatsführer unserer Koalition. Wir tun alles, um sicherzustellen, dass unsere *Koalition der Willigen* wirklich zu einer *Koalition der Taten* wird. Wieder einmal sind alle sehr positiv gestimmt, aber es bedarf stets der Unterstützung von Präsident Trump. Einmal mehr gilt: Ohne die USA funktionieren keine Sicherheitsgarantien.

Aber was ist mit dem Waffenstillstand selbst? Wer kann dazu beitragen, dass er zustande kommt? Europa liebt es, über die Zukunft zu diskutieren, vermeidet es aber, heute schon Maßnahmen zu ergreifen, die darüber entscheiden, wie unsere Zukunft aussehen wird. Das ist das Problem. Warum kann Präsident Trump Tanker der russischen Schattenflotte stoppen und Öl beschlagnahmen? Europa tut dies jedoch nicht. Russisches Öl wird entlang der europäischen Küsten transportiert, und dieses Öl finanziert den Krieg gegen die Ukraine. Dieses Öl trägt zur Destabilisierung Europas bei, daher muss es gestoppt, beschlagnahmt und zum Wohle Europas verkauft werden. Warum nicht?

Wenn Putin kein Geld hat, gibt es keinen Krieg für Europa. Wenn Europa Geld hat, kann es seine Bevölkerung schützen. Im Moment verdienen diese Tanker Geld für Putin, und das bedeutet, dass Russland seine kranke Agenda weiter vorantreibt.

Kommen wir zum nächsten Punkt. Ich habe es schon einmal gesagt und ich wiederhole es noch einmal: Europa braucht vereinte Streitkräfte, die Europa wirklich verteidigen können. Europa verlässt sich nur auf den Glauben, dass die NATO im Falle einer Gefahr handeln wird, aber niemand hat das Bündnis wirklich in Aktion gesehen. Wenn Putin beschließt, Litauen zu erobern oder Polen anzugreifen, wer wird dann reagieren?

Wer? Derzeit existiert die NATO dank dem Glauben, dass die Vereinigten Staaten handeln werden – dass sie nicht tatenlos zusehen, sondern helfen werden. Aber was, wenn sie das nicht tun? Glauben Sie mir, diese Frage beschäftigt alle europäischen Staats- und Regierungschefs, und einige versuchen, sich Präsident Trump anzunähern, das stimmt. Andere warten ab und hoffen, dass das Problem sich von selbst löst. Wiederum andere haben begonnen zu handeln, investieren in die Rüstungsproduktion und bauen Partnerschaften auf, um die Öffentlichkeit für höhere Verteidigungsausgaben zu gewinnen. Aber vergessen wir nicht: Bevor die USA Europa zu höheren Verteidigungsausgaben drängten, versuchten die meisten Länder nicht einmal, 5 % des BIP zu erreichen – das Minimum, das zur Gewährleistung der Sicherheit erforderlich ist. Europa muss wissen, wie es sich verteidigen kann. Wenn Sie 40 Soldaten nach Grönland schicken, wozu dient das? Welche Botschaft vermittelt das? Was ist die Botschaft an Putin, an China und, was noch wichtiger ist, was ist die Botschaft an Dänemark, Ihren engen Verbündeten?

Entweder erklärt man, dass europäische Stützpunkte die Region vor Russland und China schützen werden, und errichtet entsprechende Stützpunkte, oder man riskiert, nicht ernst genommen zu werden, denn 40 Soldaten werden nichts schützen. Die Ukraine weiß, was zu tun ist, wenn russische Kriegsschiffe frei um Grönland herumfahren, und wir können helfen. Wir haben das Know-how und die Waffen, um sicherzustellen, dass keines dieser Schiffe übrigbleibt – sie können in der Nähe von Grönland versenkt werden, genau wie in der Nähe der Krym. Kein Problem. Wir haben die Mittel und wir haben das Personal. Für uns ist das Meer nicht die erste Verteidigungsline, also können wir Maßnahmen ergreifen. Wir wissen, wie man dort kämpft, wenn wir darum gebeten würden und wenn die Ukraine in der NATO wäre – aber das sind wir nicht. Wir werden dieses Problem mit russischen Schiffen lösen.

Was den Iran betrifft, so warten alle darauf, was Amerika tun wird. Europa will sich nicht in diese Angelegenheit einmischen und bietet nichts an, um das iranische Volk und die Demokratie zu unterstützen. Aber wenn man sich weigert, den Menschen zu helfen, die für die Freiheit kämpfen, kommen die Konsequenzen zurück, und sie sind immer negativ. Belarus im Jahr 2020 ist ein Beispiel dafür. Niemand hat dem belarussischen Volk geholfen, und heute sind russische Raketen in Belarus stationiert, in Reichweite der meisten europäischen Hauptstädte. Das wäre nicht passiert, wenn die Menschen in Belarus 2020 gewonnen hätten. Und wir haben unseren europäischen Partnern mehrfach gesagt, dass sie jetzt gegen diese Raketen in Belarus vorgehen müssen. Raketen sind niemals nur Dekoration – aber Europa bleibt weiterhin im Grönland-Modus: Vielleicht wird irgendjemand irgendwann irgendetwas unternehmen.

Das Gleiche sehen wir beim russischen Öl. Es ist gut, dass es viele Sanktionen gibt. Russisches Öl wird billiger, aber die Einnahmen sprudeln weiter. Auch russische Unternehmen, die Putins Kriegsmaschinerie finanzieren, arbeiten weiter, und das wird sich ohne weitere Sanktionen nicht ändern. Wir sind dankbar für jeglichen Druck, der auf den Aggressor ausgeübt wird, aber seien wir ehrlich: Europa muss mehr tun, damit seine Sanktionen die Feinde genauso wirksam blockieren, wie die der USA.

Warum ist das wichtig? Weil Europa, wenn es nicht als globale Kraft wahrgenommen wird, wenn seine Maßnahmen die »bad guys« nicht abschrecken, immer nur reagieren und neuen Gefahren und Angriffen hinterherlaufen wird. Wir alle sehen, dass die Kräfte, die versuchen, Europa zu zerstören, keinen einzigen Tag ruhen. Sie agieren frei, sogar innerhalb Europas. Jeder, der von europäischen Geldern lebt und gleichzeitig versucht, europäische Interessen zu verkaufen, verdient einen Schlag auf den Kopf.

Wir sollten nicht zulassen, dass europäische Hauptstädte zu kleinen Moskaus werden. Wir müssen uns daran erinnern, was Russland von uns allen unterscheidet. Die grundlegendste Konfliktlinie zwischen Russland und der Ukraine und ganz Europa ist folgende: Russland kämpft dafür, Menschen zu entwerten, um sicherzustellen, dass Diktatoren, wenn sie jemanden vernichten wollen, dies auch tun können. Aber sie [Diktatoren, Anm. d. Red.] müssen an Macht verlieren, nicht gewinnen. Zum Beispiel werden russische Raketen nur hergestellt, weil sie einen Weg gefunden haben, Sanktionen zu umgehen. Jeder sieht, wie Russland versucht, die Menschen in der Ukraine bei minus 20 Grad Celsius zu erfrieren. Aber Russland könnte ohne wichtige Komponenten aus anderen Ländern keine ballistischen Raketen oder Marschflugkörper bauen – und das gilt nicht nur für China.

Russland bezieht Komponenten von Unternehmen in Europa, den Vereinigten Staaten und aus Taiwan. Derzeit investieren viele in die Stabilität rund um Taiwan, um einen Krieg zu vermeiden, aber können taiwanesische Unternehmen aufhören, Elektronik für Russlands Krieg zu liefern? Europa sagt fast nichts, Amerika sagt nichts – und Putin baut Raketen.

Und ich danke natürlich jedem Land und jedem Unternehmen, das der Ukraine hilft, ihr Energiesystem zu reparieren. Das ist entscheidend. Danke an alle, die uns helfen, Patriot-Raketen zu kaufen – aber wäre es nicht billiger und einfacher, Russland einfach von den Komponenten abzuschneiden, die es für die Raketenproduktion braucht, oder die Fabriken zu zerstören, in denen sie hergestellt werden?

Im vergangenen Jahr wurde die meiste Zeit damit verbracht, über Langstreckenwaffen für die Ukraine zu sprechen, da alle sagten, die Lösung liege in der Reichweite. Jetzt spricht niemand mehr darüber. Aber die russischen Raketen sind immer noch da, und wir haben weiterhin die Koordinaten der Fabriken, in denen sie produziert werden. Sie ziehen heute auf die Ukraine. Morgen könnte es jedes NATO-Land sein – und hier in Europa wird uns geraten, Tomahawks nicht zu erwähnen. Man solle die USA nicht auf Tomahawks ansprechen, um »die Stimmung nicht zu verderben«. Uns wird gesagt, wir sollen auch die Taurus-Marschflugkörper nicht zur Sprache bringen. Wenn es um die Türkei geht, sagen Diplomaten: Griechenland nicht verärgern. Und wenn es um Griechenland geht? Dann heißt es: Vorsicht mit der Türkei.

Einige Europäer sind wirklich stark, das stimmt. Aber viele sagen, wir müssten standhaft bleiben, und sie wollen dabei immer, dass jemand anderes ihnen sagt, wie lange sie standhaft bleiben müssen – am liebsten bis zur nächsten Wahl. Aber so funktioniert eine Großmacht meiner Ansicht nach nicht. Die eine Führungspersönlichkeit sagt, wir müssen europäische Interessen verteidigen, hofft aber insgeheim, dass eine andere das für sie übernimmt. Und wenn von Werten die Rede ist, sind damit oft wertlose Gemeinplätze gemeint.

Alle sagen, wir bräuchten etwas, das die alte Weltordnung ersetzt – aber wo sind die Führungspersönlichkeiten, die bereit sind zu handeln? Jetzt zu handeln, an Land, in der Luft, auf See, um eine neue globale Ordnung aufzubauen. Eine neue Weltordnung lässt sich nicht aus Worten errichten, nur Handlungen schaffen wirkliche Ordnung.

Heute hat Amerika das *Board of Peace* ins Leben gerufen. Die Ukraine wurde eingeladen, ebenso Russland und Belarus, obwohl der Krieg weitergeht und es nicht einmal einen Waffenstillstand gibt. Ich habe gesehen, wer teilgenommen hat. Jeder hatte seine Gründe, aber der Punkt ist: Europa hat nicht einmal eine gemeinsame Position zu der amerikanischen Idee gefunden.

Vielleicht werden sie heute Abend, wenn der Europäische Rat zusammentritt, etwas beschließen, aber die Dokumente wurden bereits heute Morgen unterzeichnet. Und heute Abend könnten sie vielleicht auch etwas zu Grönland entscheiden. Doch bereits gestern Abend hatte Mark Rubio mit Präsident Trump gesprochen. Amerika ändert seine Position bereits, aber niemand weiß genau, wie. Die Dinge bewegen sich also schneller als Europa – und wie soll Europa da mithalten?

Liebe Freunde, wir sollten uns nicht selbst in Nebenrollen degradieren, nicht dann, wenn wir gemeinsam die Chance haben, eine Großmacht zu sein. Wir sollten nicht akzeptieren, dass Europa nur ein »Salat« aus kleinen und mittleren Mächten ist, gewürzt mit Europas Feinden, wenn wir doch vereint unbesiegbar sein können. Europa kann und muss eine globale Kraft sein – keine, die zu spät reagiert, sondern eine, die die Zukunft gestaltet. Das würde allen helfen, vom Nahen Osten bis in jede andere Region der Welt. Das würde auch Europa selbst helfen, denn die Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, sind Herausforderungen für die europäische Lebensweise – eine Lebensweise, in der Menschenleben zählen, in der Nationen zählen. Europa kann helfen, eine bessere Welt aufzubauen. Europa muss eine bessere Welt aufbauen – natürlich eine Welt ohne Krieg. Doch dafür braucht Europa Stärke. Dafür müssen wir gemeinsam und rechtzeitig handeln, und vor allem müssen wir den Mut haben zu handeln. Wir arbeiten aktiv daran, Lösungen zu erreichen – echte Lösungen.

Heute habe ich Präsident Trump getroffen, und unsere Teams arbeiten fast jeden Tag zusammen. Das ist nicht einfach. Die Dokumente, die auf ein Ende dieses Krieges abzielen, sind nahezu fertig, und das ist wirklich von Bedeutung. Die Ukraine arbeitet mit voller Ehrlichkeit und Entschlossenheit – und das zeigt Wirkung. Russland muss dazu

gebracht werden, diesen Krieg zu beenden, diese Aggression zu stoppen – die russische Aggression, den russischen Krieg gegen uns. Deshalb muss der Druck stark genug sein, und die Unterstützung für die Ukraine muss noch stärker werden.

Unsere früheren Treffen mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten haben uns Luftabwehraketens gebracht, und auch die Europäer haben uns geholfen – Danke. Heute haben wir außerdem über den Schutz des Luftraums gesprochen, was natürlich den Schutz von Menschenleben bedeutet. Ich hoffe, dass Amerika weiterhin an unserer Seite steht. Auch Europa muss stark sein.

Die Ukraine ist bereit, bei allem zu helfen, was nötig ist, um Frieden zu garantieren und Zerstörung zu verhindern. Wir sind bereit, anderen zu helfen, stärker zu werden, als sie es jetzt sind. Wir sind bereit, Teil eines Europas zu sein, das wirklich zählt – eines Europas mit echter Macht.

Heute brauchen wir diese Macht, um unsere eigene Unabhängigkeit zu schützen – aber Europa braucht auch die Unabhängigkeit der Ukraine. Denn morgen müsst ihr vielleicht eure eigene Lebensweise verteidigen. Und wenn die Ukraine an eurer Seite steht, wird niemand euch mit Füßen treten, und ihr werdet immer die Möglichkeit haben zu handeln – und das ist enorm wichtig –, rechtzeitig zu handeln.

Liebe Freunde, heute ist einer der letzten Tage von Davos, wenn auch natürlich nicht das letzte Davos, darin sind sich alle einig. Viele glauben, dass sich die Dinge irgendwie von selbst regeln werden. Doch auf dieses »irgendwie« können wir uns hinsichtlich echter Sicherheit nicht verlassen. Glaube allein reicht nicht aus. Weder der Glaube an einen Partner noch an eine glückliche Wendung der Ereignisse – auch keine noch so klugen Diskussionen – sind in der Lage, Kriege zu stoppen. Was wir brauchen ist Handeln. Die Weltordnung entsteht durch Handeln, und wir brauchen den Mut zu handeln. Ohne Handeln jetzt gibt es kein Morgen. Beenden wir diesen Murmeltiertag – ja, das ist möglich.

Quelle: World Economic Forum Davos, 23.02.2026, <https://www.weforum.org/stories/2026/01/davos-2026-special-address-volodymyr-zelenskyy-president-of-ukraine/>.

CHRONIK

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2006 zur Ukraine befinden sich auf der Seite der Ukraine-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/chronik?c=ukraine&i=1>. Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten.

Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken zu Russland, Belarus und Polen Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenauen Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf frei im Internet zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Ukraine-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Ksenia Gatskova, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1862-555X © 2026 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Zentrum für Ost- und Südosteuropa
Centre for East European and International Studies



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenfreien Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-poln-institut.de/newsletter/polien-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>